

Anne Jenichen

# Kooperative

Die OSZE und

# Friedensförderung?

lokale NGOs in Mostar

**Autorin:**

**Anne Jenichen** hat Politikwissenschaft und Soziologie an der Freien Universität Berlin studiert; die vorliegende Studie basiert auf ihrer Diplomarbeit. Seitdem ist sie als freie Mitarbeiterin für das Berghof Forschungszentrum und die FU Berlin tätig und arbeitet an ihrer Dissertation zu Genderaspekten der internationalen Intervention in Bosnien-Herzegowina.

Berghof Arbeitspapier Nr. 25

Juli 2004

© Berghof Research Center for Constructive Conflict Management

Bestelladresse:

Berghof Research Center for Constructive Conflict Management

Altensteinstraße 48a

D-14195 Berlin

Via Internet:

<http://www.berghof-center.org/>

ISSN 1432-4016

# Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis.....	1
Abkürzungsverzeichnis .....	2
<b>1 Einleitung.....</b>	<b>3</b>
<b>2 Förderung von Zivilgesellschaft durch die internationale Staaten gemeinschaft in Bosnien-Herzegowina.....</b>	<b>5</b>
<b>3 Konflikt und Friedensförderung in Mostar .....</b>	<b>10</b>
3.1 Mostar seit dem Krieg .....	10
3.2 Die Überwindung der Spaltung Mostars: Ein Prüfstein für den gesamten Friedensprozess .....	15
3.3 Das Mandat der OSZE in Mostar .....	17
<b>4 Die Zusammenarbeit zwischen der OSZE und lokalen zivilgesell schaftlichen Akteuren in Mostar .....</b>	<b>20</b>
4.1 Die Kooperation in der Menschenrechtspolitik, Bildungsreform und Demokratisierung .....	23
4.2. Die Arbeit des „Political Resource Centres“ (PRC) der OSZE .....	31
4.3 Zusammenfassung der Kooperationsformen .....	33
4.4 Bewertung der Zusammenarbeit durch die NGOs .....	36
<b>5 Fazit .....</b>	<b>40</b>
<b>6 Literatur .....</b>	<b>47</b>
<b>Anhang: Interviewte Organisationen.....</b>	<b>52</b>

## Abkürzungsverzeichnis

BiH	Bosna i Hercegovina (Bosnien-Herzegowina)
CCI	Centri Civilnih Inicijativa (Zentren ziviler Initiativen)
FO	Field Office
HDZ	Hrvatska Demokratska Zajednica ( <i>Kroatische Demokratische Gemeinschaft</i> )
HO	Head Office
HVO	Hrvatsko Vijeće Obrane ( <i>Kroatischer Verteidigungsrat</i> )
ICG	International Crisis Group
JNA	Jugoslovenska Narodna Armija ( <i>Jugoslawische Volksarmee</i> )
MIFI	Municipal Infrastructure and Finance Implementation Project
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NDC	Nansen Dijalog Centar
NGO	Non-Governmental Organisation
OHR	Office of the High Representative in Bosnia and Herzegovina
OSCE	Organization for Security and Co-operation in Europe
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
PIC	Peace Implementation Council
PRC	Political Resource Centre
RC	Regional Centre
SDA	Stranka Demokratska Akcije ( <i>Partei der Demokratischen Aktion</i> )
SFOR	Stabilization Force

# 1 Einleitung

Der Krieg in Bosnien-Herzegowina wurde 1995 mit dem Friedensvertrag von Dayton<sup>1</sup> offiziell beendet. Darin wurde die staatsrechtliche Teilung des Landes in zwei relativ autonome Entitäten - die Republika Srpska und die Bosniakisch-Kroatische Föderation - festgelegt. Der internationalen Staatengemeinschaft<sup>2</sup> wurden weitreichende Befugnisse eingeräumt, um den Friedensprozess zu überwachen und voranzutreiben. Mit ihrer Hilfe hat sich das alltägliche Leben inzwischen weitgehend normalisiert, die Sicherheitslage hat sich stabilisiert, die Bewegungsfreiheit ist wieder voll hergestellt, der Wiederaufbau von Infrastruktur befindet sich in einem fortgeschrittenen Stadium und selbst bei der Rückkehr von Vertriebenen und Flüchtlingen sowie der Räumung von Minen sind - wenn auch nur sehr langsam – Erfolge zu verzeichnen.<sup>3</sup> In anderen Bereichen scheinen kaum Fortschritte erzielt worden zu sein: eine Reihe von Kriegsverbrechern befindet sich noch immer auf freiem Fuß.<sup>4</sup> Arbeitslosigkeit, Armut, Korruption und organisierte Kriminalität haben alarmierende Ausmaße angenommen.<sup>5</sup> Das Bildungssystem ist seit dem Krieg nach den Prinzipien ethnischer Segregation organisiert und Reformen haben gerade erst begonnen.<sup>6</sup>

In Reaktion auf die schwierige Lage sind in den vergangenen Jahren viele gut ausgebildete und hoch qualifizierte Menschen ausgewandert. Dieser Trend und der damit einhergehende „brain-drain“ setzen sich kontinuierlich fort und gefährden

---

<sup>1</sup> The General Framework Agreement for Peace in Bosnia and Herzegovina 1995.

<sup>2</sup> Der Begriff „internationale Staatengemeinschaft“ bezeichnet in dieser Studie alle Staaten und zwischenstaatlichen Organisationen, die sich in Bosnien-Herzegowina für die Implementierung der im Vertrag von Dayton festgelegten Abmachungen einsetzen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass diese „Gemeinschaft“, entgegen der Konnotation des Begriffs, ein sehr heterogenes und komplexes Netz an Interessen, Zielen und Machtressourcen repräsentiert. Davon unterschieden bezeichnet der Begriff „internationale Gemeinschaft“ alle externen –staatlichen wie zivilgesellschaftlichen – Akteure, die in Bosnien tätig sind.

<sup>3</sup> Vgl. zur Rückkehr ICG 2002 und <http://www.unhcr.ba>.

<sup>4</sup> Vgl. Oschlies 2002.

<sup>5</sup> Zur Verflechtung wirtschaftlicher mit kriminellen Strukturen vgl. Pugh 2002;

<sup>6</sup> Zum Beginn der Bildungsreform Moore 2003a und die Website der OSZE-Mission (<http://www.oscebih.org>).

die Entwicklung des Landes. Das zentrale Ziel, Bosnien-Herzegowina zu einem politisch und sozial vereinten, multiethnischen, demokratischen Staat zu entwickeln und in die vollständige Unabhängigkeit zu entlassen, scheint noch in weiter Ferne zu liegen. In den letzten Jahren erzielten nationalistische Parteien immer wieder Wahlerfolge und der Demokratisierungsprozess blieb weit hinter den Erwartungen der internationalen Staatengemeinschaft zurück.

Die Hauptverantwortung für die Überwachung der Implementierung des Vertrags von Dayton wurde hauptsächlich dem „Hohen Repräsentanten“ und seiner Behörde, dem „*Office of the High Representative*“ (OHR), der NATO-Truppe „*Stabilization Force*“ (SFOR) und der „*Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa*“ (OSZE) übertragen. Bei den in Bosnien-Herzegowina tätigen internationalen Akteuren hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass ein Friedensprozess sowohl durch die politische Führungselite als auch durch die gesellschaftliche Basis gestaltet werden muss. Einige haben sich daher die Förderung der Entwicklung von Zivilgesellschaft zur Aufgabe gemacht. Hervorzuheben ist in diesem Kontext vor allem die OSZE. Allerdings gibt es bisher kaum systematische Untersuchungen über die Gestaltung der Beziehungen zu lokalen zivilgesellschaftlichen Akteuren.

Die vorliegende Studie hat zum Ziel, die Kooperation zwischen der OSZE und lokalen zivilgesellschaftlichen Akteuren, in erster Linie Nichtregierungsorganisationen (NGOs), näher zu beleuchten.<sup>7</sup> Es wird untersucht, wie die OSZE im Friedensprozess engagierte lokale NGOs fördert und wie diese Förderung von diesen bewertet wird. Dafür wurde die Stadt *Mostar*, in der die OSZE-Mission ein „Regional Centre“ unterhält, ausgewählt. Mostar bietet insofern einen idealen Anknüpfungspunkt, als dass sich hier auf engem Raum eine breite NGO-Szene gebildet hat und die Stadt durch ihre faktische Teilung sowohl den - weiterhin bestehenden - Kon-

---

<sup>7</sup> Unter Zivilgesellschaft wird gemeinhin die Sphäre zwischen Staat und Wirtschaft verstanden, die Debatte um ihre Funktion ist allerdings extrem fragmentiert (vgl. Klein 2001). Nichtregierungsorganisationen sind wichtige Akteure in Zivilgesellschaften. Im Folgenden wird die englische Abkürzung „NGO“ (*Non-Governmental Organization*) für diese verwendet, da sich diese inzwischen auch im deutschen Sprachgebrauch weitgehend durchgesetzt hat. Der Begriff bezieht sich hier auf formale Zusammenschlüsse privater gesellschaftlicher Kräfte, die sich für politischen und sozialen Wandel einsetzen und in der Regel nicht nach wirtschaftlichem Gewinn streben.

Die Konzentration auf NGOs in der vorliegenden Studie kam insbesondere dadurch zustande, dass formal als NGO in Bosnien-Herzegowina registrierte Organisationen (im Folgenden „lokale“ NGOs) den zivilgesellschaftlichen Sektor des Landes prägen (siehe auch Young 2002, 17) und dementsprechend auch die OSZE vor allem mit NGOs zusammenarbeitet.

flikt zwischen bosnischen KroatInnen<sup>8</sup> und BosniakInnen als auch die Schwierigkeiten der internationalen Intervention bei der Integration paralleler Strukturen widerspiegelt.<sup>9</sup>

Im folgenden Abschnitt wird zunächst ein Überblick über die Strategie der internationalen Staatengemeinschaft zur Förderung von Zivilgesellschaft in Bosnien-Herzegowina gegeben. Die Abschnitte 3 und 4 widmen sich den konkreten Erfahrungen in Mostar. Dafür wird zunächst die Entwicklung der politischen Situation in der Stadt dargestellt und das Mandat der OSZE vorgestellt. Anschließend wird die Zusammenarbeit zwischen der OSZE und lokalen NGOs rekonstruiert, systematisiert und bewertet.

## **2 Förderung von Zivilgesellschaft durch die internationale Staatengemeinschaft in Bosnien-Herzegowina**

Staatliche oder zivilgesellschaftliche Organisationen, Individuen oder Gruppen, die nicht direkt in den Konflikt involviert sind, können von außen Friedensprozesse unterstützen. Eine der Schlüsselfunktionen externer (zwischen-)staatlicher Akteure ist die Überwachung der Implementierung von Friedensverträgen, da gerade deren Umsetzung viel Raum für konfligierende Interpretationen und die Verschleppung des Friedensprozesses bietet. Daneben übernehmen sie, wie im Falle Bosnien-Herzegowinas, auch weitergehende Funktionen wie die Durchsetzung neuer Normen bis hin zur Übernahme von Regierungsfunktionen, um zur Entwicklung einer

---

<sup>8</sup> Die Bezeichnungen „KroatInnen“, „BosniakInnen“ und „SerbInnen“ beziehen sich im Text jeweils auf die für Bosnien-Herzegowina konstitutiven Bevölkerungsgruppen.

<sup>9</sup> Es handelt sich also um eine Fallstudie, die grundsätzlich nicht beansprucht, eine bestimmte Auswahl zu repräsentieren, sondern am Einzelfall empirisch gestützte Aussagen hervorbringt, die durch die konkrete und umfassende Analyse Geltung beanspruchen. Die begrenzte externe Validität der Aussagen wird dafür in Kauf genommen (vgl. Kannonier-Finster 1998). Inwieweit die Ergebnisse auch auf andere Orte in Bosnien-Herzegowina übertragbar sind, kann damit nicht geklärt werden. Es ist allerdings anzunehmen, dass sich die Kooperationsformen an anderen Orten ähnlich gestalten.

stabileren politischen, sozialen und ökonomischen Ordnung beizutragen. Externe zivilgesellschaftliche Akteure konzentrieren ihre Interventionen dagegen mehr auf die Bearbeitung der gesellschaftlichen Dimension kollektiver Kriegserfahrungen und Traumata sowie auf die Veränderung von Einstellungen und Beziehungen. Ihre Bemühungen richten sich vorwiegend darauf, Konfliktbearbeitung an der gesellschaftlichen Basis wirksam werden zu lassen.<sup>10</sup> Allgemein hat sich die Einschätzung durchgesetzt, dass zur Schaffung effektiver Netzwerke für Friedensförderung die Kooperation zwischen unterschiedlichen Akteuren (externen und lokalen, staatlichen und zivilgesellschaftlichen) erforderlich ist. Ansätze, die eine gute Verknüpfung und Abstimmung zwischen staatlichen und gesellschaftlichen Aktivitäten erreichen, haben deutlich höhere Erfolgchancen. Dies lässt sich z.B. anhand von Erfahrungen der OSZE-Missionen in Moldawien und Estland belegen.<sup>11</sup>

Die größte Verantwortung für die Bearbeitung der eigenen Konflikte kommt jedoch einheimischen Akteuren zu.<sup>12</sup> Externe Akteure sollten sich dem Aufbau von „*peace constituencies*“ widmen. Diese sogenannten Friedensallianzen umfassen Netzwerke von Individuen und Gruppen aller Akteursebenen, die sich für den Friedensprozess einsetzen und den im Krieg etablierten „*war constituencies*“ entgegenwirken sowie auf eine Veränderung der gewaltfördernden sozialen und ökonomischen Strukturen, Institutionen und Einstellungen abzielen.<sup>13</sup>

In diesem Zusammenhang wird dem Aufbau zivilgesellschaftlicher Strukturen große Bedeutung beigemessen. Insbesondere einheimischen NGOs, die sich für Fragen wie der Förderung von Demokratisierung, Menschenrechtsschutz oder Versöhnung einsetzen, wird in der Literatur zur Bearbeitung ethno-politischer Konflikte eine wichtige Rolle bei der Gestaltung gesellschaftlicher Veränderung zugesprochen. Diese Akteure bieten allerdings ein sehr heterogenes Bild, denn sie variieren stark in Größe, Wirkungskreis, Beständigkeit, Zielrichtung, Budget, Organisationsstruktur, Aktionsradius und Aktivitäten.<sup>14</sup> Ihre Wirkungsmöglichkeiten und ihre Effektivität sind umstritten und schwer zu messen. Geht man von einem engen Verständnis direkter Einflussnahme aus, dann ist ihr Einfluss marginal, da sie weder über Mittel noch die demokratische Legitimation verfügen, sich direkt an politi-

---

<sup>10</sup> Vgl. Borski / Hess 1997.

<sup>11</sup> Vgl. Neukirch 2003, 273 f.

<sup>12</sup> Borski / Hess 1997, Ferdowski 2000, Ropers 1997.

<sup>13</sup> Lederach 1997, 94 f.

<sup>14</sup> Siehe ausführlicher z.B. bei Aall 2000 oder bei Borski / Hess 1997.



schen Entscheidungen zu beteiligen. Dennoch verfügen sie über alternative Möglichkeiten, Demokratisierungs- und Versöhnungsprozesse auf gesellschaftlicher Ebene zu fördern. Als Vorteile gegenüber staatlichen Akteuren werden ihnen insbesondere größere Flexibilität, in der Regel höhere Glaubwürdigkeit in den Augen der vom Konflikt betroffenen Gesellschaft und bessere Zugangsmöglichkeiten zur lokalen Bevölkerung zugesprochen.<sup>15</sup> Allerdings unterliegen NGOs auch Beschränkungen, die in erster Linie von externen Spendeninstitutionen, Geberländern und von einheimischen politischen Strukturen bestimmt werden.<sup>16</sup> Und aufgrund der fehlenden Rechenschaftspflicht ihrer Basis gegenüber führt ihre Basisnähe auch nicht unbedingt zu stärkerer Berücksichtigung sozialer Bedürfnisse.<sup>17</sup> Doch trotz ihrer Schwächen werden – zumindest entsprechend qualifizierte – NGOs als wichtige Agenten für Entwicklung, Demokratisierung und Versöhnung angesehen.<sup>18</sup>

Diese Überzeugung prägt auch die Strategien der internationalen Akteure in Bosnien-Herzegowina. Im Dezember 1998 wurde im Enddokument des Treffens des „*Peace Implementation Council*“ (PIC)<sup>19</sup> in Madrid erstmals die Entwicklung von Zivilgesellschaft als essentieller Teil des Demokratisierungsprozesses in die Friedensstrategie der internationalen Gemeinschaft aufgenommen und beim PIC-Treffen im Jahr 2000 in Brüssel noch einmal bestätigt.<sup>20</sup> Der neue Demokratisierungsansatz betonte die Wichtigkeit einheimischer Initiativen für die Friedensbildung und ergänzte den „top-down“-Ansatz der internationalen Intervention mit einem „bottom-up“-Ansatz. Einer demokratischen, pluralistischen Zivilgesellschaft wurde das Potential für mehr Mäßigung, Kompromiss und Dialog in Bosnien-Herzegowina

---

<sup>15</sup> Vgl. z.B. Weiss / Nazarenko 1997.

<sup>16</sup> Evans-Kent / Bleiker 2003.

<sup>17</sup> Erdmann 2001, 34.

<sup>18</sup> Zum Beispiel Evans-Kent / Bleiker 2003 und Young 2002 im Kontext Bosnien-Herzegowinas.

<sup>19</sup> Der PIC überwacht den Prozess der Implementierung des Vertrags von Dayton Er umfasst 55 Staaten und internationale Organisationen. Der PIC wird von einem Lenkungsausschuss geführt, dem die USA, Russland, Frankreich, Deutschland, Japan, Kanada, Italien, die Präsidentschaft der EU, die Europäische Kommission und die Türkei im Namen der Organisation der Islamischen Staaten angehören. Diskussionen und Entscheidungen des Lenkungsausschusses werden in der Regel von der Kontaktgruppe vorbereitet, bestehend aus den sechs am stärksten in die Angelegenheiten Bosnien-Herzegowinas involvierten Staaten Frankreich, Deutschland, Italien, Russland, Großbritannien und USA.

<sup>20</sup> PIC 1998, PIC 2000: „Civil society built on an active citizenry lies at the heart of BiH's future as a democratic and prosperous state.“

zugesprochen, ihre Schaffung sollte dem nationalistischen Griff nach Macht begegnen und Mängel in der internationalen offiziellen Hilfe ausgleichen.<sup>21</sup>

Die OSZE-Mission in Bosnien-Herzegowina ist besonders aktiv in der Förderung von Zivilgesellschaft. Im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung stand dabei lange der Transfer technischer Fähigkeiten an lokale Organisationen („capacity-building“) im Mittelpunkt, wobei deren Zielsetzung oder Motivation kaum eine Rolle spielte. Dieser Ansatz, Zivilgesellschaft mit der Existenz möglichst vieler NGOs gleichzusetzen und ihre Entwicklung als rein technische Aufgabe zu sehen, erwies sich allerdings als problematisch. Da die Etablierung von NGOs unterschiedslos gefördert wurde, kam es zu einer extremen Expansion des NGO-Sektors mit einer Reihe negativer Konsequenzen: Neben lokalen NGOs, die großes gesellschaftliches Engagement bewiesen, gründeten sich auch solche, die primär am Zugang zu finanziellen Ressourcen interessiert, ansonsten aber kaum aktiv waren. Die meisten lokalen NGOs leiden an einem Mangel an Ressourcen und sind stark abhängig von internationaler Finanzierung. Diese Abhängigkeit führt oft dazu, dass die Prioritäten der Geldgeber und nicht der gesellschaftliche Bedarf die Aktivitäten von NGOs bestimmen. Mit dem Rückgang internationaler Finanzhilfen in den letzten Jahren hat die Konkurrenz zwischen NGOs um finanzielle Ressourcen noch zugenommen.<sup>22</sup> Um die Effektivität einiger NGOs zu stärken und staatliche Stellen für ihre gesellschaftliche Rolle zu sensibilisieren, verlagerte die OSZE-Mission in Bosnien-Herzegowina ihre Aktivitäten inzwischen von der Etablierung von NGOs stärker auf die Förderung des Dialogs zwischen lokalen zivilgesellschaftlichen Akteuren und staatlichen Behörden.<sup>23</sup>

Finanzielle Mittel für Projekte werden von der OSZE-Mission nicht vergeben. Zentrale Zielgruppen für die Zusammenarbeit sind Individuen oder Gruppen, die für externe Unterstützung und Impulse offen scheinen und entweder möglichst großen gesellschaftlichen Einfluss besitzen (wie z.B. JuristInnen, JournalistInnen, religiöse Führungspersönlichkeiten, LehrerInnen, AkademikerInnen oder Intellektuelle) oder die vom herrschenden politischen Prozess ausgeschlossen bzw. unzufrieden mit ihrer aktuellen Situation sind (wie z.B. Frauen, Jugendliche oder Flüchtlinge und Vertriebene). Dabei erhalten vor allem NGO-Aktivitäten, die über Entitätsgrenzen

---

<sup>21</sup> Vgl. Belloni 2001.

<sup>22</sup> Evans-Kent / Bleiker 2003, Young 2002.

<sup>23</sup> Stellvertretende Direktorin der Demokratisierungsabteilung, „Head Office“ der OSZE, Sarajevo, 03.06.2003.

bzw. ethnische Grenzen hinweg unternommen werden, Unterstützung. Das zentrale Ziel dieser Strategie ist, lokale NGOs zu befähigen, sich aktiv für die Belange ihrer sozialen Basis einzusetzen, und ihnen eine politische Stimme in Opposition zu den nationalistischen Parteien zu geben.<sup>24</sup>

Allerdings wird bezweifelt, dass lokale zivilgesellschaftliche Akteure die durch die internationale Gemeinschaft in sie gesetzten hohen Erwartungen erfüllen können, geschweige denn, die Schwächen der externen Reglementierung kompensieren können. Entsprechend eines liberal-pluralistischen Konzepts von Zivilgesellschaft werden ihnen von der internationalen Gemeinschaft primär die Funktionen der Ausübung von Anwaltschaft („advocacy“) in öffentlichen Belangen gegenüber dem Staat und der Förderung der Partizipation der Bevölkerung an politischen Prozessen zugesprochen. Dieses Konzept entspricht aber nicht den aktuellen Bedingungen zivilgesellschaftlicher Organisationen in Bosnien-Herzegowina. Die zunehmend intervenierende Rolle der internationalen Staatengemeinschaft, insbesondere des OHR, das System der Patronage in politischen Parteien, illegale Parallelstrukturen und systematische Korruption mindern ihre Kapazitäten, politische Prozesse und Entscheidungen beeinflussen zu können. Die starke Abhängigkeit von externen Spendern und mangelnde Verantwortlichkeit der eigenen sozialen Basis gegenüber – so lautet der Vorwurf – behindern die Partizipation der Bevölkerung. Diese Schwächen machen sie allerdings nicht überflüssig, mindern aber die Erwartungen an sie und verdeutlichen die Wichtigkeit umfassender politischer Reformen.<sup>25</sup>

Die Schwierigkeiten und Herausforderungen, die sich staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren bei der Überwindung der Kriegsfolgen in Bosnien-Herzegowina stellen, lassen sich exemplarisch am Beispiel der seit dem Krieg geteilten Stadt Mostar veranschaulichen.

---

<sup>24</sup> Vgl. auch Chandler 2000, 137 ff.

<sup>25</sup> Vgl. Belloni 2001.

## **3 Konflikt und Friedensförderung in Mostar**

### **3.1 Mostar seit dem Krieg**

Mostar ist die Hauptstadt der Herzegowina, einer Region im Südosten Bosnien-Herzegowinas. Vor dem Krieg war die Stadt bekannt für ihre reiche Kultur, das hohe Bildungsniveau ihrer BewohnerInnen und ihr kosmopolitisches Ethos. Nur wenige Städte in Bosnien-Herzegowina waren so multikulturell geprägt wie Mostar.<sup>26</sup>

Der Krieg in Mostar lässt sich, vereinfacht, in zwei Phasen unterteilen:

Im Frühjahr 1992 wurde die Stadt von der serbisch kontrollierten Jugoslawischen Volksarmee (JNA) und serbischen Paramilitärs besetzt. Spontan gebildete Kampfverbände, denen vor allem BosniakInnen und KroatInnen angehörten, leisteten Widerstand, befreiten Mostar nach wenigen Monaten und vertrieben den Großteil der serbischen Bevölkerung.

Im Zuge der zunehmend expansionistischen Politik der Republik Kroatien mit dem Ziel der Annexion aller mehrheitlich kroatisch besiedelten Gebiete kam es auch in Bosnien-Herzegowina zur Durchsetzung sezessionistischer Kräfte im kroatischen Bevölkerungsanteil. Nicht lange nach der internationalen Anerkennung Bosnien-Herzegowinas am 5. Juli 1992 riefen bosnische KroatInnen ihren eigenen Ministaat „*Herceg-Bosna*“ aus. In Mostar führte dies im Frühjahr 1993 erneut zu heftigen Kampfhandlungen um die Kontrolle der Stadt. Es kam zum „Krieg im Krieg“, in dem die ehemals verbündeten KroatInnen und BosniakInnen gegeneinander kämpften. Der Kroatische Verteidigungsrat (HVO), obwohl der bosniakischen Armee militärisch überlegen, konnte den kroatischen Plan der Vertreibung der bosniakischen Bevölkerung aus der Stadt nicht durchsetzen. Die Frontlinie verlief mitten

---

<sup>26</sup> 1991 waren ca. 34% der EinwohnerInnen bosniakisch, 29% kroatisch und 19% serbisch. Die verbleibenden 18% bezeichneten sich als „jugoslawisch“, was einen ungewöhnlich hohen Anteil im Vergleich zu gesamt Bosnien-Herzegowina (5,5%) und landesweit (3%) darstellte (Bose 2002, 99 f.).

durch das Stadtzentrum und teilte die Stadt in eine kroatisch kontrollierte West- und eine bosniakisch kontrollierte Osthälfte.<sup>27</sup>

Der Krieg um Mostar wurde mit der ersten erfolgreichen Intervention der internationalen Gemeinschaft in den Krieg in Bosnien-Herzegowina, unter Führung der USA, beendet. Nach der Erhöhung des Drucks der USA auf die Republik Kroatien kam es schließlich im März 1994 zum „Washington-Abkommen“, mit dem die Kampfhandlungen eingestellt und die Bosniakisch-Kroatische Föderation gebildet wurde. Für Mostar sah das Abkommen eine Sonderlösung vor, die Stadt wurde übergangsweise (Juli 1994 - Januar 1997) unter EU-Administration gestellt, um in dieser Zeit den Wiederaufbau und die Wiedervereinigung der geteilten Stadt voranzutreiben.<sup>28</sup>

Im Zuge des Abkommens von Dayton wurde Mostar 1996 vorerst in sechs Gemeindebezirke aufgeteilt, von denen jeweils drei im kroatisch kontrollierten West-, und drei im bosniakisch kontrollierten Ostteil der Stadt lagen. Im Zentrum der Stadt befand sich eine neutrale Zone, die von einer multinationalen, stadtweiten Behörde verwaltet wurde.

Die internationale Gemeinschaft investierte seit 1994 Hunderte Millionen US-Dollar in den Wiederaufbau Mostars.<sup>29</sup> Ergebnisse dieser Hilfe waren die relativ zügige Rekonstruktion der öffentlichen Versorgung mit Wasser, Elektrizität, Gas und Telefonanschlüssen, allerdings mit getrennten Systemen für die zwei Stadthälften. Schulen und Krankenhäuser wurden schnell wieder geöffnet, funktionierten jedoch auch nach dem Prinzip ethnischer Segregation. Straßen und Brücken wurden rekonstruiert und beschädigte Häuser und Gebäude teilweise wiederhergestellt. Doch bis heute sind noch große Teile der Bausubstanz, v.a. entlang der ehemaligen Frontlinie, zerstört.

Aus dem Krieg resultierten zudem massive Veränderungen der Bevölkerungs- und Sozialstruktur Mostars. Nur noch wenige KroatInnen waren im Ostteil der Stadt verblieben und auch der Großteil der BosniakInnen flüchtete aus dem Westteil oder wurde von dort vertrieben. Selbst 1996 und 1997 kam es noch zu Vertreibungen von

---

<sup>27</sup> Im November 1993 zerstörte der HVO die alte Brücke über die Neretva, das Wahrzeichen Mostars, was vielfach als Symbol für die endgültige Teilung der Stadt bezeichnet wurde. Zu Zerstörung und Wiederaufbau der Brücke siehe Willeke 2003.

<sup>28</sup> Einen Erfahrungsbericht des ersten Jahres der EU-Administration liefern Koschnick / Schneider 1995, eine Bewertung der EU-Administration findet sich in Reichel 2000.

<sup>29</sup> Reichelt 2000.

BosniakInnen aus West-Mostar. Weniger als 1.000 SerblInnen waren zu diesem Zeitpunkt noch in der Stadt.<sup>30</sup>

1994 und auch noch später gab es so gut wie keinen Kontakt zwischen den beiden Stadthälften. Die Grenze entlang der ehemaligen Frontlinie war für das Gros der BürgerInnen Mostars unpassierbar. Im Februar 1996 wurde zwar Bewegungsfreiheit garantiert, doch diese wurde nur sehr zögerlich wahrgenommen. Erst die Einführung von neuen Autokennzeichen im Jahr 1998 durch das OHR, die keinen Rückschluss auf die Herkunft mehr zuließen, führte zu einer erheblichen Erhöhung der Bewegungsfreiheit und der Normalisierung des Verkehrs zwischen den beiden Teilen der Stadt.

Bis 1999 gab es jedoch kaum Rückkehrprozesse von BosniakInnen nach West-Mostar und noch weniger von KroatInnen nach Ost-Mostar. Dies war teilweise auf den Druck durch ExtremistInnen der kroatischen, nationalistischen Partei HDZ zurückzuführen, die eine permanente Teilung aufrechterhalten wollten. Allerdings kehrten SerblInnen kontinuierlich in beide Teile der Stadt zurück. Erst die Implementierung eines neuen Eigentumsrechts und die Absetzung mehrerer nationalistischer und korrupter LokalpolitikerInnen durch den Hohen Repräsentanten setzte ab 2001 einen intensivierten Rückkehrprozess in Gang.<sup>31</sup>

Die faktische Teilung der Stadt konnte bis heute nicht überwunden werden. Mostar ist noch immer in wichtigen Bereichen durch parallele Strukturen geprägt, z.B. gibt es zwei unterschiedliche Netzwerke für die Telekommunikation und zwei Krankenhäuser, zwei Feuerwehren und zwei Zug- bzw. Busunternehmen, auch die Elektrizitätsversorgung und das Postsystem sind getrennt. Nur durch internationale Anstrengungen konnten Institutionen wie die Wasserversorgung oder die Polizei – zumindest oberflächlich – integriert werden.<sup>32</sup>

Die formal vereinte Stadtregierung blieb aufgrund der weiter bestehenden Feindseligkeit zwischen kroatischer und bosniakischer Seite relativ handlungsunfähig. Die Besetzung des Stadtrats und der Bezirksräte entsprechend eines Machtteilungsansatzes zwischen KroatInnen, BosniakInnen und „anderen“ (in der Regel SerblInnen) brachte nicht die erhoffte Zusammenarbeit, da aufgrund der Dominanz der nationalistischen Parteien das Potential dieses Wahlsystems nicht realisiert wurde. Die nationalistischen Parteien unterliefen es durch die strategische Auf-

---

<sup>30</sup> Bose 2002, 105.

<sup>31</sup> Vgl. Bose 2002, 113 ff. Zu aktuellen Statistiken zu Rückkehr siehe <http://www.unhcr.ba>.

<sup>32</sup> Vgl. Bose 2002, 129 f.; ICG 2000 und 2003.

stellung von KandidatInnen anderer ethnischer Gruppen, v.a. SerblInnen, um so ihre Dominanz im Stadt- und in den Bezirksräten zu erhalten, ohne die Interessen dieser Gruppen wirklich zu vertreten.<sup>33</sup>

Mostars lokale Ökonomie befindet sich trotz der Rekonstruktion und der Wiederbelebung eines Teils des Dienstleistungssektors in einem desolaten Zustand, gekennzeichnet von massiver Arbeitslosigkeit (ca. 54-56% unter Einbezug des grauen und schwarzen Marktes von 25-28%).<sup>34</sup> Die wenigen funktionierenden Unternehmen spiegeln die soziale, politische und territoriale Spaltung der Stadt wider. So sind die beiden wichtigsten Unternehmen (Aluminij, SOKOL) in der Hand kroatischer Nationalisten und verfügen über ausschließlich kroatisches Personal. Zwei der drei Wasserkraftwerke liegen auf bosniakischem Gebiet, unterliegen bosniakischer Kontrolle und versorgen Ost-Mostar mit Elektrizität; das dritte Wasserkraftwerk beliefert West-Mostar. Ein wichtiger Arbeitgeber auf beiden Seiten der Stadt sind die Organe der kantonalen und kommunalen Verwaltungen, die aber in der Regel nur Mitgliedern der entsprechenden Bevölkerungsgruppe offen stehen. Zahlreiche Formen von Kriminalität und Korruption erschweren die ökonomische Situation zusätzlich. Gerade arbeitslose Jugendliche sind gefährdet, von kriminellen Netzwerken angeworben zu werden.<sup>35</sup>

Die Polarisierung in Mostar wird zusätzlich durch die politische Situation im gesamten Kanton „Hercegovina-Neretva“ und die Instabilität der bosniakisch-kroatischen Föderation verstärkt. Die interne Struktur der bosniakisch-kroatischen Föderation ist stark dezentralisiert.<sup>36</sup> Sie ist in zehn Kantone aufgeteilt, wovon fünf bosniakisch und drei kroatisch dominiert sind, zwei haben gemischte Bevölkerun-

---

<sup>33</sup> Die bosniakische Partei SDA stellte bei den Wahlen im Juni 1996 serbische KandidatInnen auf ihrer Liste auf und hat auf diese Weise die Kontrolle über den Stadtrat erhalten (Chandler 2000, 79), allerdings ging es hier auch darum, eine „Koalition für ein vereintes Mostar“ zu versammeln und damit ein Interesse zu vertreten, dass in der HDZ nicht vertreten werden konnte. Die HDZ sicherte ihre Dominanz in den drei kroatisch kontrollierten Bezirken mittels derselben Strategie. Im Bezirk Südwest hat sie bei den Kommunalwahlen 2000 statt der für KroatInnen vorgesehenen 12 Sitze die Mehrheit von 15 Sitzen erreicht. Und auch im Bezirk West gewann sie auf diese Weise statt zehn 15 Sitze. Im Bezirk Süd erhielt sie statt der für KroatInnen vorgegebenen 12 Sitze sogar spektakuläre 19 Sitze, indem sie neben mehreren SerblInnen drei BosniakInnen aufstellte (Bose 2002, 122).

<sup>34</sup> Auskunft des stellvertretenden Direktors des RC Mostar, 09.06.2003.

<sup>35</sup> Vgl. Bose 2002, 131 ff.

<sup>36</sup> Dieser Kompromiss war notwendig, um die kroatische Zustimmung zur Gründung der Föderation zu erhalten und damit den kroatisch-bosniakischen Krieg zu beenden. Zum Folgenden, wenn nicht anders angegeben, siehe Bose 2002, 75 ff.

gen. Einer dieser gemischten Kantone ist der Mostar umgebende Kanton 7 („Hercegovina-Neretva“). In diesem sind, der Teilung in kroatisch und bosniakisch dominierte Territorien entsprechend, auch die Verwaltungs- und Finanzstrukturen faktisch gespalten.

Zu den Verantwortlichkeiten der Föderation gehören Verteidigung, Wirtschaftspolitik, Finanzregulierung und Fiskalpolitik, Bekämpfung von Terrorismus, inter-kantonaler und organisierter Kriminalität, Energiepolitik und die Vergabe von Sendefrequenzen für Radio und Fernsehstationen. Darüber hinaus teilen sich Föderation und Kantone offiziell die Verantwortung für Menschenrechtsschutz, für das öffentliche Gesundheitswesen, Umweltpolitik, Infrastruktur für Kommunikation und Transport, Tourismus und Sozialpolitik. Faktisch aber haben die Kantone die entscheidende Kontrolle über diese Bereiche.<sup>37</sup> Denn ihnen obliegt die alleinige Verantwortung für so entscheidende Politikbereiche wie Polizei, Bildung, Kultur, Wohnraum, öffentliche Dienste, lokale Landnutzung, lokale Wirtschaftsregulierung und -förderung, Zugang zu lokalen Energieversorgern, Radio und Fernsehen, Implementierung von Sozialpolitik und somit der Kontrolle der sozialen Sicherungssysteme. Damit ist die Föderationsregierung gegenüber den Kantonen – mit Ausnahme der Verantwortlichkeit für Verteidigung<sup>38</sup> – eine noch schwächere Regierung als die gesamtstaatliche Regierung gegenüber den Entitäten. Dementsprechend haben die Kommunen eine relativ begrenzte und schwache Rolle in der Föderation, abgesehen von Ausnahmen, die u.a. für Mostar und den die Stadt umgebenden Kanton 7 gelten.

Im Falle Mostars, wie auch im Falle Sarajevos, wurde eine Anzahl von Gemeinden konstituiert, um eine übergreifende Stadtverwaltung zu bilden. Die städtischen Institutionen (paritätisch besetzter Stadtrat, BürgermeisterIn) operieren parallel zu Kommunal- und Kantonsebene und sind verantwortlich für Infrastruktur, Stadtplanung und öffentlichen Nahverkehr. Außerdem muss der Kanton Funktionen bezüglich Fragen von Bildung, Kultur, Tourismus, lokalen Wirtschaftsaktivitäten und Radio und Fernsehen an die einzelnen Gemeinden Mostars abgeben, da in diesen die ethnische Bevölkerungsmehrheit nicht der im Kanton entspricht.

---

<sup>37</sup> In den kroatisch kontrollierten ca. 40% der Föderation ist es in der Regel schwierig oder sogar unmöglich, Ressourcen und Einrichtungen unter die Kontrolle der Föderationsinstitutionen zu bringen, wogegen in der Regel BosniakInnen eher eine stärkere Zentralisierung der Macht auf Föderationsebene favorisieren.

<sup>38</sup> Diese Kompetenz wurde allerdings im September 2003 durch die Schaffung eines gesamtstaatlichen Verteidigungsministeriums stark eingeschränkt.



Ein anschauliches Beispiel für die Folgen dieses komplexen Mehrebenensystems liefert die Bildungspolitik. Nach dem Abkommen von Washington wurde zwar ein Bildungsministerium auf Föderationsebene geschaffen, es sind aber die Kantone, die für Bildungspolitik verantwortlich zeichnen. Im Kanton 7 gibt es aufgrund der parallelen Finanzstrukturen faktisch zwei Bildungsministerien. Offiziell existieren zwar nur ein Minister und ein Stellvertreter, jeweils einer kroatisch und einer bosniakisch, faktisch arbeiten beide unabhängig voneinander. Daneben wird in Mostar, aufgrund der oben genannten Ausnahmen, Bildungspolitik auch auf Gemeindeebene gemacht. Entsprechend gibt es keine kohärente und koordinierte Bildungspolitik, weder im Kanton noch in Mostar.<sup>39</sup> Die Folge sind zwei separate Bildungssysteme - in den Schulen in Ost-Mostar wird nach „bosniakischem“ Curriculum und Lehrmaterial gelehrt, in West-Mostar nach „kroatischem“. Die Segregation reicht von den Kindergärten bis zum Universitätssystem, das in zwei Institutionen aufgeteilt wurde. Diese Segregation behindert Rückkehrprozesse erheblich.<sup>40</sup>

Mit der in gesamt Bosnien-Herzegowina im Jahr 2002 eingeleiteten Bildungsreform wird aktuell auch in Mostar die Integration des Bildungssystems in Angriff genommen. Die Durchsetzung der Reformen ist hier aufgrund der politischen und gesellschaftlichen Situation noch schwieriger als in anderen Regionen des Landes.<sup>41</sup> Doch es sind auch erste Fortschritte zu verzeichnen, wie z.B. die (verwaltungsrechtliche) Integration der beiden Gymnasien Mostars im September 2003.<sup>42</sup>

### **3.2 Die Überwindung der Spaltung Mostars: Ein Prüfstein für den gesamten Friedensprozess**

Seit dem Abkommen von Washington - dessen militärische Seite zügig implementiert, die zivile aber weitgehend boykottiert wurde<sup>43</sup> - hat die internationale Staatengemeinschaft auf die Wiedervereinigung Mostars hingewirkt. Sie hat über 30 Abkommen zwischen den beiden Konfliktparteien vermittelt, die alle einseitig von der

---

<sup>39</sup> ICG 2000, 50.

<sup>40</sup> „Human Rights Officer“ wie auch „Regional Educational Coordinator“ des RC Mostar im Interview, Mostar, 10.06. bzw. 16.06.2003.

<sup>41</sup> Geshakova 2003.

<sup>42</sup> OSCE / Mission to Bosnia and Herzegovina 2003.

<sup>43</sup> Bose 2002, Gosztanyi 1999.

HDZ, unterstützt von lokalen Medien, den einflussreichen Veteranenverbänden und einem Geflecht mafiaähnlicher Strukturen behindert oder gebrochen wurden, um die Teilung aufrechtzuerhalten.<sup>44</sup> Ihren Höhepunkt erreichte die Obstruktionspolitik der HDZ im März 2001, als sie jegliche Zusammenarbeit mit bosnischen Behörden aufkündigte, den Aufbau eigener staatlicher Institutionen ankündigte und die kroatische Selbstverwaltung ausrief<sup>45</sup> sowie mit dem Aufbau einer eigenen Armee begann.<sup>46</sup> Darüber hinaus kam es zu massiven Einschüchterungsversuchen gegenüber gemäßigten kroatischen Politikern bis hin zu einem Bombenanschlag auf einen kroatischen Minister der Zentralregierung. Das OHR ging anschließend mit voller Härte gegen die HDZ vor.<sup>47</sup> Nachdem die HDZ-geführte kroatische Selbstverwaltung massiv an Unterstützung durch den kroatischen Bevölkerungsanteil verlor, vollzog die HDZ eine Kehrtwende, sprach sich für den Dialog und die Beilegung des Konflikts mit dem OHR aus, kehrte in die staatlichen und föderalen Institutionen zurück und verkündete im Oktober 2001 offiziell das Ende der kroatischen Selbstverwaltung.<sup>48</sup> Obwohl sie ihren Konfrontationskurs danach aufgab, blieb die Spaltung in der Föderation, im Kanton 7 und in Mostar vielfach bestehen.

Im April 2003 wurde auf Initiative des Hohen Repräsentanten vom Stadtrat eine Kommission eingesetzt, die bis Ende Juli 2003 ein neues Statut für Mostar entwerfen sollte, um zumindest die politische Teilung der Stadt zu überwinden.<sup>49</sup>

---

<sup>44</sup> Vgl. Gosztanyi 1999, Kasch 2002. Die Obstruktionspolitik gegenüber einigen dieser Abkommen wird in ICG 2000 ausführlicher dargestellt.

<sup>45</sup> Daraufhin enthob der Hohe Repräsentant den Parteivorsitzenden der HDZ und kroatischen Vertreter im dreiköpfigen Staatspräsidium Bosnien-Herzegowinas, Ante Jelavić, seines Amtes als Staatspräsident und entließ drei weitere HDZ-Politiker aus den Institutionen der Föderation. Im April des gleichen Jahres kam es bei der Durchsuchung der „Hercegovacka Banka“, die als Finanzdrehzscheibe der mafiaähnlichen Strukturen in der Herzegowina galt, durch OHR und die NATO-Truppen der SFOR zu gewalttätigen Ausschreitungen. Die SFOR musste die Durchsuchung abbrechen und sich zurückziehen, um eine weitere Eskalation zu verhindern.

<sup>46</sup> Mittels finanzieller Versprechungen konnte sie 8.000 kroatische Soldaten überzeugen, ihren Befehlshabern in Sarajevo den Gehorsam zu verweigern.

<sup>47</sup> Die Durchsuchung der „Hercegovacka Banka“ wurde mit massivem Militäraufgebot, diesmal trotz erneuter gewalttätiger Krawalle erfolgreich, wiederholt. Die SFOR besetzte alle Kasernen in kroatischen Gebieten, um die Waffen der desertierten Soldaten unter ihre Kontrolle zu bringen.

<sup>48</sup> Vgl. Kasch 2002.

<sup>49</sup> Dies war formal nötig geworden, um der Änderung der Föderationsverfassung vom April 2002 gerecht werden zu können, die allen drei konstitutionellen Bevölkerungsteilen Bosnien-Herzegowinas gleichen Status und proportionale Repräsentation in der Föderation einräumte. Das Interimsstatut

Die Verhandlungsparteien konnten sich aber auf keinen Entwurf einigen. Die bosniakische Partei SDA zog sich zunächst aus der Kommission zurück. Sie hatte darauf insistiert, dass die bosniakischen Bezirke beibehalten werden, wogegen die HDZ sich nun für die Aufhebung der sechs Bezirke und die Vereinigung der Stadt einsetzte. Die Gründe für den Wandel der Positionen von SDA und HDZ sind demographischen Ursprungs. Die Vertreibungen von BosniakInnen und SerblInnen aus Mostar, die Flucht vieler KroatInnen aus der Umgebung nach Mostar während des Kriegs und in der Nachkriegszeit und die nur schleppenden Rückkehrprozesse haben zu einem kontinuierlichen Anstieg des kroatischen Bevölkerungsanteils in Mostar geführt.<sup>50</sup> Bei der Vereinigung der Stadt zu einer einzelnen Gemeinde fürchtete die SDA, dass sie fast alle Sitze an die HDZ verlieren würde.<sup>51</sup>

Da der erste Versuch an der Obstruktion der SDA scheiterte, hat der Hohe Repräsentant per Dekret eine neue Kommission unter internationalem Vorsitz eingesetzt, die bis Dezember 2003 einen Entwurf vorlegte.<sup>52</sup> Im Januar 2004 entschied er über die Wiedervereinigung der Stadt, die am 15. März 2004 in Kraft trat.<sup>53</sup> Inwieweit aber die politische Wiedervereinigung auch zur Überwindung der institutionellen und gesellschaftlichen Spaltung beiträgt, bleibt abzuwarten.

### **3.3 Das Mandat der OSZE in Mostar**

Die Mission in Bosnien-Herzegowina ist eine der ersten großen Langzeitmissionen der OSZE. Ihre Besonderheit gegenüber den anderen OSZE-Langzeitmissionen besteht in der Einbindung in eine internationale Protektorsstruktur. Ihr Mandat geht außerdem über die Unterstützungs- und Beobachtungsfunktionen bisheriger OSZE-

---

Mostars war dagegen nur für zwei konstitutionelle Bevölkerungsgruppen entworfen worden (ICG 2003, 7).

<sup>50</sup> Es gibt keine gesicherten Zahlen, Schätzungen gehen aber von einer Mehrheit der KroatInnen unter den registrierten Wahlberechtigten aus. ICG kalkuliert, dass die wahlberechtigte Bevölkerung in Mostar sich auf ca. 58,2% KroatInnen, 40,3% BosniakInnen und 1,5% SerblInnen aufteilt (ICG 2003, 7).

<sup>51</sup> Vgl. ICG 2003.

<sup>52</sup> OHR 2003, Commission for Reforming the City of Mostar 2003.

<sup>53</sup> Vgl. OHR 2004.

Missionen hinaus.<sup>54</sup> Anfangs stand die Durchführung von Wahlen im Zentrum ihres Mandats. Diese Aufgabe wurde jedoch mit den landesweiten Wahlen im Oktober 2002, die erstmals von einer einheimischen Behörde in eigener Verantwortung durchgeführt wurden, abgeschlossen.

Die Schwerpunkte der Arbeit der OSZE in Bosnien Herzegowina haben sich in den Jahren seit Dayton verlagert. Heute umfasst das Mandat die Bereiche Menschenrechte, Demokratisierung und Sicherheitskooperation sowie seit kurzem auch die Koordination der Bildungsreform. Daneben gibt es noch eine Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit, die durch Pressekonferenzen, Presseerklärungen, Artikel und Informationskampagnen die Arbeit der Mission präsentiert.

Erklärtes Ziel der OSZE-Mission ist der Transfer von Verantwortung an einheimische Behörden.<sup>55</sup> Eine klare Exit-Strategie existiert aber nicht.<sup>56</sup>

Die OSZE-Mission hat insgesamt ca. 800 MitarbeiterInnen<sup>57</sup>, davon sind über 550 bosnische StaatsbürgerInnen. Die Erhöhung des Anteils Einheimischer in Schlüsselpositionen wird angestrebt.

Neben dem „Head Office“ (HO) in Sarajevo unterhält die Mission vier „Regional Centres“ (RC) in Banja Luka, Mostar, Sarajevo und Tuzla, die wiederum für einige der insgesamt 21 über das ganze Land verteilten „Field Offices“ (FOs) zuständig sind. Die RCs koordinieren die Aktivitäten der FOs vor Ort, um sicherzustellen, dass die Programme der OSZE-Mission konsequent in ganz Bosnien-Herzegowina implementiert werden. Die FOs beobachten die lokale Situation, identifizieren soziale Bedürfnisse, entwickeln entsprechende Projektvorschläge, die, nach der Bewilligung durch das verantwortliche RC und das HO, auch von diesen vor Ort implementiert werden. Daneben gibt es auch größere Projekte, die vom RC oder vom HO entwickelt werden. Die hohe Feldpräsenz betrachtet die OSZE als ihre große Stärke gegenüber anderen internationalen Organisationen in Bosnien-Herzegowina, da diese ihr den Zugang zur lokalen Bevölkerung erleichtert.<sup>58</sup>

---

<sup>54</sup> Neukirch 2000, 309. Eine ähnliche Funktion hat unter den OSZE-Missionen nur noch die Mission im Kosovo übernommen.

<sup>55</sup> „(...), the OSCE will work to handing over more and more responsibility to the citizens of BiH“ (Website der OSZE-Mission in Bosnien-Herzegowina).

<sup>56</sup> Zur Problematik von Exit-Strategien für OSZE-Langzeitmissionen siehe Abadjian 2000, auch Meyer 1998.

<sup>57</sup> Die Mission wurde im Jahr 2001 personell reduziert.

<sup>58</sup> Vgl. Prsa 2002, Stoessel 2001, Website der OSZE-Mission (<http://www.oscebih.org>).

Das RC Mostar ist für die Kantone 7 („Hercegovina-Neretva“) und 8 („Zapadna Hercegovina“) und den Südosten der Republika Srpska mit drei entsprechenden FOs in Čapljina, Široki Brijeg und Trebinje verantwortlich.<sup>59</sup> Es beschäftigt etwa 100 Personen, der Großteil davon BosnierInnen, die leitenden Positionen sind aber noch alle mit internationalem Personal besetzt.

Im Arbeitsbereich Menschenrechte unterstützt und kontrolliert das RC Mostar primär lokale Behörden bei der Rückgabe von Eigentum. Neben der Beobachtung der Menschenrechtssituation von RückkehrerInnen in der Region überwacht und berät das RC die Arbeit der Ombudspersonen in Mostar. Im „*Fair Employment Technical Advice Project*“ bemüht sich das RC zusammen mit Arbeitgebern und Gewerkschaften gegen diskriminierende Beschäftigungspraktiken vorzugehen und Chancengleichheit in Unternehmen zu fördern. Außerdem werden Gerichtsverfahren in Fällen von rückkehrbezogener Gewalt, Plünderungen, Frauenhandel und Kriegsverbrechen beobachtet und Informationen über die Implementierung der Justizreform vor Ort zusammengetragen.

Im Bereich Demokratisierung verfolgt das RC Mostar allgemein das Ziel der Förderung einer zivilen, demokratischen Kultur. Mit dem „*Municipal Infrastructure and Finance Implementation Project*“ (MIFI) sollen Praktiken guten Regierungshandelns angeregt werden. Das Projekt bietet technische Unterstützung bei der Entwicklung guter Praktiken im Management von Ressourcen durch Gemeinden. Außerdem organisiert das RC Treffen zwischen PolitikerInnen beider Entitäten, um den Dialog zu Fragen gemeinsamen Interesses, wie z.B. Rückkehr von Vertriebenen oder ökonomische Entwicklung, zu fördern und Möglichkeiten zukünftiger Zusammenarbeit zu schaffen. Ein wichtiger Aspekt der Arbeit der Abteilung ist die Förderung und Verbesserung der Kommunikation lokaler Behörden mit NGOs und Bürgervereinigungen, damit diese für ihre Interessen eintreten und von lokalen Behörden auch beachtet werden. In den nördlichen Gemeinden des Kanton 7 arbeitet die Abteilung an der Etablierung und Unterstützung von NGOs, mit dem Schwerpunkt auf Jugend-NGOs.<sup>60</sup> Daneben ist das RC noch für drei „*Political Resource Centres*“ (PRCs) in Mostar, Trebinje und Ljubuški verantwortlich, die allen interessierten politischen Parteien, Jugendgruppen und NGOs logistische Unterstützung bieten. Das

---

<sup>59</sup> Ein weiteres FO in Jablanica im Norden des Kantons 7 wurde im Dezember 2002 aufgelöst und in das RC Mostar integriert.

<sup>60</sup> Aufgrund der alarmierend hohen Frustration und Apathie junger Menschen in Bosnien-Herzegowina bilden Jugendliche seit 2001 die zentrale Zielgruppe der Demokratisierungsabteilung.

PRC in Mostar musste aufgrund mangelnder Finanzierung für einige Monate schließen, konnte im Juni 2003 aber wieder geöffnet werden.<sup>61</sup>

Im Arbeitsbereich Sicherheitskooperation überwacht das RC Mostar die Umsetzung von sicherheitsrelevanten Bestimmungen des Vertrags von Dayton gemäß des Mandats der OSZE im Bereich regionale Sicherheit. Dabei handelt es sich hauptsächlich um Fragen der Reduzierung von Streitkräften und von Verteidigungsausgaben, um Abrüstung und um militärische Kooperation.

Die OSZE wurde von der internationalen Gemeinschaft mit der Koordination der gesamten Bildungsreform in Bosnien-Herzegowina beauftragt. Deshalb wurde im RC Mostar, wie in allen anderen RCs und dem HO, eine neue Abteilung geschaffen. Sie verfolgt das Prinzip des gleichen Zugangs zu qualitativ hochwertiger Bildung. Die zentrale Herausforderung liegt in der Zusammenführung der verschiedenen Curricula. In erster Linie sammelt und verwertet das RC Informationen von allen Beteiligten im Prozess der Bildungsreform, hält Kontakt zu ihnen und organisiert Treffen.

#### **4 Die Zusammenarbeit zwischen der OSZE und lokalen zivilgesellschaftlichen Akteuren in Mostar**

Unabhängige politische oder soziale Vereinigungen entstanden in Mostar erst während und nach dem Krieg. Ein wichtiger Faktor bei der Entstehung einer lokalen „NGO-Szene“ war die starke Präsenz internationaler NGOs. Diese haben entweder aktiv die Gründung lokaler Organisationen unterstützt oder ihre bosnischen Büros „lokalisiert“, also in lokale NGOs umgewandelt. Auch die in die vorliegende Studie einbezogenen Organisationen entstanden mehrheitlich auf diese Weise. Inzwischen haben sich viele Partnerschaften zwischen internationalen und lokalen NGOs in Mostar entwickelt, bei denen es den lokalen NGOs vor allem darum ging, langfristige Partner für die Finanzierung zu finden.<sup>62</sup> Im gesamten Kanton „Herzegovina-

---

<sup>61</sup> Die PRCs sind zwar Teil der OSZE-Mission, werden aber nicht aus dem Budget der Mission, sondern durch individuelle Regierungen bzw. Botschaften finanziert.

<sup>62</sup> Scotto 2002.

Neretva“ gibt es etwa 70 NGOs.<sup>63</sup> Nach den Kantonen „Sarajevo“ und „Tuzla“ vereinigt der Kanton die meisten Aktivitäten von NGOs auf seinem Gebiet.<sup>64</sup> In Mostar selbst existieren mindestens 20 lokale NGOs.<sup>65</sup>

Einige der in Mostar aktiven Gruppen und Organisationen konzentrieren sich auf die politische Bewusstseinsbildung und das Engagement für soziale Belange, andere unternehmen Versuche, sich selbst tragende, einkommensschaffende Projekte durchzuführen.<sup>66</sup> Die vorliegende Untersuchung bezieht nur NGOs der erstgenannten Kategorie ein, da die OSZE vorwiegend mit diesen Kontakte unterhält. Allerdings ist eine exakte Abgrenzung nicht immer möglich.

Die Untersuchung der Kooperation zwischen der OSZE und lokalen NGOs in Mostar beschränkt sich auf die zivilen Aspekte des Mandats der OSZE-Mission und damit auf die Felder Menschenrechtspolitik, Bildungsreform und Demokratisierung.<sup>67</sup> Sie stützt sich auf eine Reihe von Interviews, die während eines Aufenthaltes in Mostar im Juni und Juli 2003 mit RepräsentantInnen des „Regional Centre“ der OSZE in Mostar und MitarbeiterInnen lokaler NGOs durchgeführt wurden.

Die InterviewpartnerInnen wurden nach einem dreistufigen Verfahren ausgewählt. In einem ersten Schritt wurden die relevanten Akteure im „Regional Centre“ der OSZE in Mostar identifiziert und befragt, zu welchen lokalen zivilgesellschaftlichen Organisationen in Mostar sie aktuell Kontakte unterhalten.<sup>68</sup> In einem zweiten Schritt wurden diese Organisationen aufgesucht und nach ihren Einschätzungen des Verhältnisses zur OSZE befragt.<sup>69</sup> In einem dritten Schritt wurden noch zusätzli-

---

<sup>63</sup> Interview mit dem Manager des „Political Resource Centre“ in Mostar, 30.06.2003.

<sup>64</sup> 4,78% der NGO-Aktivitäten in ganz Bosnien-Herzegowina, nach Sarajevo (13,04%) und Tuzla (10,43%), in: ICVA 2002b, 26.

<sup>65</sup> In ICVA 2002a sind sieben NGOs verzeichnet, die ihren Hauptsitz in Mostar haben, und sechs, die ein Büro in Mostar unterhalten, weitere NGOs sind mir bei meinen Recherchen begegnet.

<sup>66</sup> Scotto 2002, 323.

<sup>67</sup> Im militärischen Bereich der Sicherheitskooperation gibt es nur sehr begrenzte Kontakte zu zivilgesellschaftlichen Akteuren, z.B. zu Vereinigungen demobilisierter Soldaten, so dass dieser Bereich hier vernachlässigt wird.

<sup>68</sup> Da das ehemalige FO Jablanica Anfang 2003 in das RC Mostar integriert wurde, bestehen auch Kontakte zu NGOs aus der Region nördlich von Mostar. Da gerade dort besonders viel Zusammenarbeit besteht, wurde auch eine NGO aus Jablanica interviewt, obwohl sich die vorliegende Studie eigentlich nur auf das Stadtgebiet Mostars bezieht.

<sup>69</sup> Es wurden RepräsentantInnen der jeweiligen NGOs interviewt, die einen guten Überblick über sämtliche Aktivitäten ihrer Organisation haben, möglichst nicht nur der aktuellen, sondern auch frühe-

che NGOs aus Mostar einbezogen. Insgesamt wurden 18 VertreterInnen von 13 NGOs und sieben RepräsentantInnen der OSZE in Mostar interviewt.<sup>70</sup>

Die Einschätzungen der Beteiligten wurden über offene leitfadensorientierte Interviews rekonstruiert. Die Kooperationsformen wurden zunächst systematisiert, um sie anschließend, auch auf Grundlage der Einschätzungen der Befragten, im Hinblick auf ihren Beitrag zur nachhaltigen Friedensbildung bewerten zu können.

Die Organisationen, die in die Untersuchung einbezogen wurden, sind in unterschiedlichen Arbeitsbereichen - Jugend, Frauen, Menschenrechte sowie Förderung von Dialog und Partizipation - aktiv. Die fünf konsultierten *Jugendorganisationen* wollen Jugendliche in ihrer Eigeninitiative stärken und so gegen die herrschende Apathie und das politische Desinteresse unter Jugendlichen in Bosnien-Herzegowina vorgehen. Sie organisieren kulturelle und künstlerische Veranstaltungen und Workshops, beteiligen sich an landesweiten politischen Kampagnen, wie z.B. der für Kriegsdienstverweigerung, bieten Raum für produktive Freizeitgestaltung oder engagieren sich für die Reform des Hochschulwesens.<sup>71</sup>

Die drei besuchten *Frauenorganisationen* bieten in erster Linie psycho-soziale Unterstützung, Beratung und Weiterbildung für Frauen an. Teilweise haben sie in der Vergangenheit ihren Schwerpunkt auf eine bestimmte Gruppe von Frauen gelegt, wie z.B. auf Opfer von Frauenhandel und häuslicher Gewalt oder auf rückkehrende Frauen. Einige organisieren Diskussionen, Workshops oder Exkursionen für Jugendliche, andere engagieren sich für die Prävention von Gewalt gegen Kinder oder bieten Kurse zu Unternehmensgründung und Einkommensgenerierung für Frauen sowie zu „capacity-building“ für NGOs an. Außerdem setzen sie sich durch Schulungen, Konferenzen und runde Tische für die Präsenz von Frauen im politischen und öffentlichen Leben ein.<sup>72</sup>

Die drei konsultierten *Menschenrechtsorganisationen* konzentrieren sich in ihrer Arbeit vor allem auf Menschenrechtsverletzungen im Kontext von Rückkehr. Sie übernehmen eine der klassischen Funktionen von NGOs: Anwaltschaft für Bür-

---

rer. In der Regel handelte es sich dabei um ProjektkoordinatorInnen, LeiterInnen oder Verantwortliche für Öffentlichkeitsarbeit.

<sup>70</sup> Sämtlichen InterviewpartnerInnen sei an dieser Stelle für ihre Gesprächsbereitschaft herzlich gedankt.

<sup>71</sup> Zur Bedeutung Jugendlicher in Nachkriegsgesellschaften siehe Fischer / Tumler 2000, zur Situation Jugendlicher in Bosnien-Herzegowina siehe United Nations in Bosnia and Herzegovina 2003.

<sup>72</sup> Zu Frauen-NGOs in Bosnien-Herzegowina siehe Helms 2003, zu politischer Partizipation auch Mallok / Tahirović 2003.



gerInnen gegenüber staatlichen Institutionen. Sie bieten kostenlose rechtliche Beratung und Unterstützung in individuellen Fällen von Rechtsverletzungen an. Darüber hinaus veranstalten sie öffentliche Veranstaltungen zu Menschenrechtsfragen im weitesten Sinne.<sup>73</sup>

Zwei weitere NGOs sind im Bereich der *Förderung von Dialog und Partizipation* aktiv. Die eine fördert durch Seminare, Vorträge und Workshops den Dialog zwischen unterschiedlichen ethnischen, religiösen, politischen Gruppen und Interessengruppen und setzt sich für die Vernetzung zivilgesellschaftlicher Organisationen ein. Die andere will die aktive Partizipation bosnischer BürgerInnen an sozialen Prozessen fördern und die Konfliktlösungskapazitäten von Organisationen und Individuen stärken, um der allgemein verbreiteten Resignation und Apathie entgegenzuwirken. Dieses Ziel soll vor allem über die Vermittlung demokratischer Prinzipien, die Unterstützung formaler und informeller Gruppen bei der Präsentation ihrer Interessen gegenüber Behörden, die Verbesserung der Kommunikation zwischen lokalen Behörden und der lokalen Bevölkerung und durch Kampagnen zur Partizipation, z.B. an Wahlen, erreicht werden.

In den folgenden Abschnitten wird die Zusammenarbeit zwischen der OSZE und lokalen zivilgesellschaftlichen Organisationen im jeweiligen Arbeitsbereich der OSZE rekonstruiert, um dann anschließend die üblichen Kooperationsformen zu systematisieren.

#### **4.1 Die Kooperation in der Menschenrechtspolitik, Bildungsreform und Demokratisierung**

Bis Ende der 90er Jahre unterhielt die OSZE Kontakte zu NGOs, die sich in der *Menschenrechtspolitik* engagierten. Zum Beispiel kamen RepräsentantInnen von Vereinigungen von Personen, die gemeinsam ihre Rückkehr in ein bestimmtes Gebiet planten, ins „Regional Centre“ (RC), um Hilfe und Beratung einzuholen. Die OSZE beriet in rechtlichen und organisatorischen Fragen und half bei der Rücklangung von Eigentum und dem Zugang zu internationaler Wiederaufbauhilfe. Solche Treffen gab es aber nur zu Beginn des Rückkehrprozesses, heute sind sie aus

---

<sup>73</sup> Zur Rückkehrproblematik siehe ICG 2002; eine Dokumentation der Menschenrechtssituation in Bosnien-Herzegowina bietet die Internetseite des „Helsinki Committee for Human Rights in Bosnia and Herzegovina“ (<http://www.bh-hchr.org>).

Sicht der OSZE nicht mehr notwendig, da der Prozess der Rückgabe von Eigentum so gut wie abgeschlossen ist. Lokale, in der rechtlichen Beratung für Rückkehrende tätige NGOs fragen aber weiterhin bei der Menschenrechtsabteilung der OSZE nach spezifischen Informationen oder leiten individuelle Anfragen an sie weiter.<sup>74</sup>

Daneben unterstützte die OSZE auch die Gründung von Menschenrechts-NGOs, indem sie z.B. Räume und Infrastruktur für Treffen zur Verfügung stellte, sie rechtlich bei der Etablierung beriet und engen Kontakt zu ihnen hielt. Später hielt die Menschenrechtsabteilung regelmäßige Treffen mit im Menschenrechtsschutz tätigen NGOs und Einzelpersonen ab. Dort wurden konkrete Fragen wie aktuelle politische Probleme, Fragen der Zusammenarbeit oder Gesetzesentwürfe gemeinsam diskutiert. Mit dem Weggang des verantwortlichen „Human Rights Officers“ im Jahr 2001 endete diese Praxis. Seitdem gibt es nur noch sporadische Kontakte zwischen der Menschenrechtsabteilung der OSZE und lokalen NGOs. Die Kooperation beschränkt sich hauptsächlich auf die Teilnahme von OSZE-VertreterInnen an von NGOs organisierten Veranstaltungen.

Im Rahmen des „Fair Employment“-Projekts arbeitet die OSZE-Menschenrechtsabteilung vor allem mit Gewerkschaften und Arbeitgebervereinigungen zusammen, um ethnischer Segregation und Diskriminierung allgemein in Firmen und Beschäftigungsverhältnissen entgegenzuwirken.<sup>75</sup>

Die *Bildungsreform* in Bosnien-Herzegowina wurde als partizipativer Prozess angelegt, der in der Eigenverantwortung lokaler Behörden steht und von der internationalen Gemeinschaft nur angeleitet und koordiniert wird.<sup>76</sup> Durch die Integration aller Beteiligten auf allen Ebenen soll dem Vorhaben Legitimität verliehen, die Akzeptanz der Reform in Politik und Gesellschaft gewährleistet und die praktische Durchführbarkeit optimiert werden. So betonte auch der in Mostar für den Bildungsbereich Verantwortliche der OSZE, dass eine Reform nur dann Aussicht auf

---

<sup>74</sup> Die OSZE ist bezüglich Rückkehr für die Überwachung und Beratung der für Rückgabe von Eigentum zuständigen Behörden zweier Gemeinden Mostars zuständig und kann damit vor allem zu diesen Gemeinden Informationen liefern oder bei Problemen in individuellen Fällen intervenieren.

<sup>75</sup> Hier handelt es sich hauptsächlich um die Verteilung von Informationsmaterial, die Organisation von runden Tischen mit RepräsentantInnen von Gewerkschaften, Regierung und Arbeitgeberverbänden sowie von Schulungen für GewerkschaftsvertreterInnen (vgl. OSCE / Mission to Bosnia and Herzegovina 2002b).

<sup>76</sup> Vgl. OSCE / Mission to Bosnia and Herzegovina 2002a, 7.

Erfolg haben könne, wenn die Ziele von den in der Bildung tätigen Personen und Einrichtungen mit getragen würden.<sup>77</sup>

Auch gesellschaftlichen Akteuren wird in der Bildungsreform eine wichtige Rolle zugeschrieben. An den auf gesamtstaatlicher Ebene eingerichteten Arbeitsgruppen nehmen auch einheimische zivilgesellschaftliche Akteure teil, wie Gewerkschaften in der Arbeitsgruppe zur Finanzierung des Bildungssystems, auf bestimmte Fragen spezialisierte NGOs, aber auch RepräsentantInnen von Eltern- und LehrerInnen-Vereinigungen oder anderer Verbände. In den Arbeitsgruppen werden staatliche RepräsentantInnen und zivilgesellschaftliche Akteure, darunter Schul- und UniversitätsdirektorInnen, LehrerInnen, Studierendenvertretungen, Elternbeiräte und RückkehrerInnenverbände, zusammengebracht. Dabei soll hauptsächlich erklärt werden, worum es bei der Bildungsreform genau geht und Eltern sollen ermutigt werden, ihre Kinder in reformierten, integrierten Schulen anzumelden. Primäres Ziel ist es, die Konsultation zivilgesellschaftlicher Akteure durch RegierungsvertreterInnen zu fördern. Dieser Prozess wird durch die OSZE koordiniert, welche die jeweiligen Beteiligten identifiziert und zusammenbringt, aber in den inhaltlichen Prozess möglichst wenig eingreift. Der „Regional Educational Co-ordinator“ des RC in Mostar fasste dies so zusammen:

„The OSCE has this co-ordination role and co-ordination can only be a sort of seeking exchange of information and ideas. Co-ordination is not teaching people what we want (...). So we don't have the answers for them, all we can do is sitting in the middle between them and just trying to facilitate participation.”<sup>78</sup>

Auf lokaler und regionaler Ebene befindet sich der Bildungsreformprozess allerdings noch am Anfang. Die entsprechende Abteilung im RC Mostar nahm erst Anfang des Jahres 2003 ihre Arbeit voll auf. So hatten bis zum Zeitpunkt der Interviews noch nicht viele Treffen auf regionaler Ebene stattgefunden. Auch hatte sich die regionale Arbeitsgruppe in Mostar, die eigentlich Vorschläge für die Implementierung der Bildungsreform entwickeln sollte, bis zur Erhebung der hier vorliegenden Daten erst einmal getroffen. An dem ersten Treffen Ende Februar 2003 nahmen

---

<sup>77</sup> „You cannot impose education reform which is not acceptable to everyone. (...) They won't implement what we impose. (...) The only philosophy is that there should be consultation, it's the only practical way forward to make sure that it will be accepted.” (Regional Educational Co-ordinator, RC Mostar, im Interview, Mostar, 16.06.2003).

<sup>78</sup> Ebd.

neun RepräsentantInnen internationaler Organisationen, inklusive fünf der OSZE, fünf staatlicher Institutionen, zwei internationaler NGOs und ein Repräsentant einer lokalen NGO, dem „*Nansen Dijalog Centar*“ (NDC), teil. Das Treffen wurde zur Erklärung der Rolle der OSZE im Prozess der Bildungsreform und der Funktion der regionalen Arbeitsgruppe sowie zur gegenseitigen Vorstellung der TeilnehmerInnen und ihrer Institutionen genutzt. Da bis zum Sommer 2003 kein weiteres Treffen stattgefunden hatte, konnten bis dahin auch noch keine Vorschläge entwickelt und somit kein Einfluss auf den Reformprozess genommen werden.

Die NGO NDC wurde vermutlich in die Arbeitsgruppe integriert, weil sie durch Schulprojekte schon Erfahrungen und Reputation im Bildungssektor aufweisen konnte. Beim ersten Treffen kam ihr die Aufgabe zu, durch die Präsentation dieser Projekte, positive Beispiele für integrierte Bildungsansätze zu liefern und so vor allem den VertreterInnen von staatlichen Behörden und Bildungsinstitutionen die Möglichkeit von Kooperation im Bildungssektor zu demonstrieren. Neben der Teilnahme von NDC in der von der OSZE koordinierten Arbeitsgruppe bestehen im Bildungsbereich auch informelle Kontakte zwischen der OSZE-Mission und NDC. Zum Beispiel informierte NDC die OSZE im Fall eines geplanten Bildungsprojektes einer norwegischen NGO, das jeweils für bosniakische und kroatische Jugendliche getrennt stattfinden sollte. NDC und die OSZE, intervenierten gemeinsam mit dem OHR bei der norwegischen Botschaft in Sarajevo. Es gelang ihnen durchzusetzen, dass das Projekt – wenn auch verspätet – doch mit integrierten Klassen durchgeführt wird.

Darüber hinaus wurden auch andere lokale NGOs von der OSZE angefragt, welchen Beitrag sie zum Prozess der Bildungsreform leisten können. Auch lässt die OSZE vielen NGOs regelmäßig Informationen per Email über den Reformprozess zukommen. Beides könnte ein Indiz dafür sein, dass sich die Kooperation in diesem Sektor in Zukunft intensivieren wird. Landesweit begann die Implementierung der Reform offiziell jedoch erst mit dem neuen Schuljahr 2003 und die Zusammenarbeit diesbezüglich befindet sich noch in der Aufbauphase. Es bleibt also noch abzuwarten, inwieweit sich der Prozess in diesem Sektor kooperativ und partizipativ gestalten lässt.

Die *Demokratisierungsabteilung der OSZE* arbeitete in den vergangenen Jahren intensiv mit lokalen zivilgesellschaftlichen Akteuren zusammen. Sie identifizierte und kontaktierte AktivistInnen, organisierte Seminare zu Fragen der Gründung von NGOs, leistete Hilfe bei der Registrierung, bei der Verfassung von An-

trägen oder bei der Organisation von Veranstaltungen, stellte Kontakte zu lokalen Behörden und zu Spendenorganisationen her und vermittelte in Schulungen entsprechende Fähigkeiten und Kenntnisse („capacity-building“). Inzwischen gibt es in Mostar und Umgebung viele lokale NGOs, die der Unterstützung im oben genannten Sinne nicht mehr bedürfen und eher Förderungsbedarf bei der Verstärkung ihrer Arbeit haben. Sie benötigen heute vor allem finanzielle Unterstützung. Die kann die OSZE ihnen nicht bieten, da dies nicht ihrem Mandat entspricht. Die Zusammenarbeit zwischen der OSZE und lokalen NGOs hat sich von daher reduziert.

Bis 2002 hatte sich die OSZE in Mostar weitgehend auf die Zusammenarbeit mit lokalen zivilgesellschaftlichen Akteuren konzentriert, was durch die gespannte politische Situation in Mostar und im Kanton „Hercegovina-Neretva“ und die Obstruktionspolitik lokaler PolitikerInnen begründet wurde, die keine verlässlichen Partner für Demokratisierungsbemühungen darstellten. Nach der Veränderung des politischen Klimas Mitte des Jahres 2002 und angesichts der damit verbundenen größeren Kooperationsbereitschaft lokaler staatlicher Behörden nahm die Demokratisierungsabteilung eine Umorientierung vor und konzentrierte sich seither fast ausschließlich auf die Zusammenarbeit mit lokalen Behörden.<sup>79</sup>

Der Ansatz der Demokratisierungsabteilung des RC Mostar zielt seitdem darauf ab, die Zusammenarbeit zwischen zivilgesellschaftlichen und staatlichen Akteuren zu verbessern, d.h. zivilgesellschaftliche Akteure zu befähigen, selbständig ihre Interessen bzw. die Interessen der lokalen Bevölkerung gegenüber staatlichen Institutionen zu vertreten, und diese anzuhalten, die artikulierten Interessen auch wahrzunehmen und zu berücksichtigen. Da die Beziehung zwischen lokalen Behörden und NGOs immer noch als mangelhaft wahrgenommen wird, richten sich die Bemühungen der OSZE jetzt vor allem darauf, die lokalen Behörden für eine stärkere Kooperation mit den NGOs zu motivieren und zu sensibilisieren. Sind diese Kommunikationswege erst einmal etabliert, liegt es in der Verantwortung der NGOs selbst, sie auch zu nutzen. Die NGOs in Mostar werden nicht mehr „an die Hand genommen“, wenn es um die Kontakte zu lokalen Behörden geht.<sup>80</sup> Wenn sie Prob-

---

<sup>79</sup> Nach Aussage des „Senior Democratisation Officers“ ist die Umorientierung auch Ausdruck veränderter Prioritäten nach einem Personalwechsel in der Leitung der Demokratisierungsabteilung (Interview, 21.07.2003).

<sup>80</sup> „It’s a tool for the NGOs and it’s on them now to use it, we cannot do everything for them, we’re not baby-sitting anymore“, so die Aussage des „Democratisation Officer“, RC Mostar, 16.06.2003.

leme mit diesen haben, wenn sie ignoriert oder unfair behandelt werden, können sie bei der OSZE allerdings um Hilfe bitten.

Diese Bemühungen zur Verbesserung der Beziehung zwischen lokalen Behörden und NGOs finden insbesondere im Rahmen des „*Municipal Infrastructure and Finance Implementation*“ (MIFI)-Projekts statt. Es strebt unter anderem an, mehr Raum für BürgerInnenbeteiligung zu schaffen, indem es die Kommunikation lokaler Behörden mit der lokalen Bevölkerung und zivilgesellschaftlichen Organisationen als deren Repräsentantinnen fördert („public outreach“) und der lokalen Bevölkerung ihre Teilhaberechte, z.B. an Sitzungen von Gemeindeversammlungen, näher bringt. Kontakte mit lokalen NGOs in den Sitzungen der Gemeindeversammlungen sind dabei aber eher zufälliger Natur. Aufgrund der großen Ähnlichkeit ihrer Ziele und Tätigkeiten gibt es aber gelegentlich Treffen zwischen VertreterInnen der OSZE und dem „*Centri Civilnih Inicijativa*“ (CCI), um Informationen über die jeweiligen Aktivitäten in den Gemeinde- und Kantonsparlamenten auszutauschen.

Im Kanton „Hercegovina-Neretva“ hatte das MIFI-Projekt direkte Auswirkungen auf die Arbeit lokaler NGOs. Es trug dazu bei, dass sie in den Planungsprozess einiger Gemeinden einbezogen wurden. So gelang es zum Beispiel, dass die Jugendzentren in Prozor/Rama und Jablanica (nördlich von Mostar) finanzielle Unterstützung von der Gemeinde erhalten und so einen Teil ihrer laufenden Kosten decken können. Mostar selbst war zum Zeitpunkt der Untersuchung allerdings nicht in das MIFI-Projekt integriert, da erst das neue Statut abgewartet werden sollte. Einige der Bezirke erhielten aber einzelne Komponenten, wie z.B. das „public outreach“-Element.

In der Anfangsphase widmete sich die Demokratisierungsabteilung der OSZE speziell der Zielgruppe Frauen und förderte den Aufbau von Frauen-NGOs. Bis Ende der 90er Jahre existierte eine intensive Zusammenarbeit mit diesen. Die OSZE lancierte z.B. ein großes Projekt („*Women Can Do It*“), um den Frauenanteil in der Politik zu erhöhen. In seinem Rahmen wurden zahlreiche Frauen aus Parteien und NGOs und Frauen ohne institutionelle Anbindung zu Themen wie Umgang mit Medien, öffentliches Auftreten und ähnlichem geschult und zu Multiplikatorinnen ausgebildet, die dann – unter Supervision der OSZE – weitere Schulungen durchführten. Frauenorganisationen haben der OSZE regelmäßig Berichte über die Frauenrechtssituation in Bosnien-Herzegowina geliefert oder zusammen mit der OSZE

Konferenzen organisiert<sup>81</sup> und bei OSZE-Kampagnen für mehr Wahlbeteiligung, v.a. in ländlichen Gebieten, kooperiert.

Seit Beendigung des Projekts „*Women Can Do It*“ und damit der Verlagerung des Schwerpunkts haben die Kontakte der OSZE zu Frauen-NGOs kontinuierlich abgenommen. Bis in die erste Hälfte des Jahres 2002 gab es mit einigen noch regelmäßige Treffen und Informationsaustausch. Mit dem Personalwechsel im Amt des zuständigen „Democratisation Officer“ jedoch hat sich der Kontakt stark reduziert. Er beschränkt sich auf gelegentliche Anfragen der OSZE, um TeilnehmerInnen für Workshops zu rekrutieren, und auf den Informationsaustausch auf Basis elektronischer Newsletter.

In den vergangenen Jahren verlagerte die OSZE den Schwerpunkt ihrer Zusammenarbeit mit gesellschaftlichen Akteuren zunehmend auf die Zielgruppe Jugend. Entsprechend konzentrieren sich auch die „Democratisation Officer“ des RC Mostar in ihrer Arbeit insbesondere auf Jugendorganisationen, allerdings mehr außerhalb Mostars. In Mostar selbst gibt es nur sehr vereinzelte Kontakte. Dies ist auf die schon erwähnte Umorientierung der Demokratisierungsabteilung des RC zurückzuführen, aber auch auf ein – nicht abgesprochenes – Einverständnis beider Seiten, dass die NGOs und Jugendvereinigungen in Mostar die Hilfe der OSZE eigentlich nicht mehr benötigen. Die OSZE bietet nur noch in Fällen der Obstruktion durch lokale Behörden Unterstützung, wie z.B. im Fall der Kampagne „*Abrašević Mladima*“ (Abrašević den Jugendlichen) des NGO-Netzwerkes „Centar“, dessen förmlicher Antrag zur Überlassung des Gebäudes des ehemaligen Kulturzentrums zuerst von der Stadtverwaltung ignoriert wurde.<sup>82</sup> Das Netzwerk informierte die OSZE und das OHR darüber, wonach die OSZE das Anliegen der NGOs auf ihrer regulären Pressekonferenz verbal unterstützte. Dies in Verbindung mit der öffentlichkeitswirksamen Kampagne des Netzwerkes führte schließlich dazu, dass die Stadtverwaltung das Anliegen der NGOs doch berücksichtigte und ihnen das Gebäude im Juni 2003 zur Nutzung überließ.

Einige Jugendorganisationen werden von der OSZE durch Empfehlungsschreiben unterstützt, die ihnen die Akquirierung finanzieller Ressourcen für die

---

<sup>81</sup> Zum Beispiel die Organisation der Konferenz „Women in parliament – triumph at the beginning of the 21st century“, 1998 in Medjugorje, aus der ein Frauenparlament in der Herzegowina hervorgegangen ist, oder die Konferenz „The voice of women from Herzegovina – new election law“ 1999 in Ljubuški.

<sup>82</sup> Oručević 2003.

Projektfinanzierung erleichtern. Darüber hinaus hilft die OSZE gelegentlich mit Transportmöglichkeiten aus. Der Kampagne für Kriegsdienstverweigerung stellte die OSZE z.B. einen Kleinbus zur Verfügung.

2000 organisierte die OSZE eine große Jugendkonferenz mit Jugendlichen aus der gesamten Herzegowina, um Jugendliche aus beiden Entitäten zusammenzubringen. Als Ergebnis kamen die TeilnehmerInnen auf die Idee, ein Herzegowina-weites Jugendparlament zu gründen. Die OSZE unterstützte das Projekt, indem sie Treffen organisierte, Transportmöglichkeiten, Schulungen und Trainings anbot und die Gruppe bei Verhandlungen mit lokalen Behörden unterstützte. In jedem Gebiet, für das „Field Offices“ (FOs) der OSZE verantwortlich waren, wurde auf Initiative der OSZE eine lokale Jugendgruppe etabliert. Das Projekt scheiterte letztlich an bürokratischen Hindernissen bei der Registrierung als NGO. Um entitätsübergreifend zu arbeiten, hätte das Jugendparlament in beiden Entitäten registriert sein müssen, die Registrierung war damals aber nur für eine Entität möglich. So wartete die Gruppe lange auf die Verabschiedung des NGO-Gesetzes<sup>83</sup> in der Hoffnung, dass durch dieses die Registrierung vereinfacht würde. Ziele und Struktur waren definiert und ein Aktionsplan war ausgearbeitet, aber die Gruppe konnte unregistriert nicht nach außen aktiv werden. Mit der Zeit verloren viele TeilnehmerInnen das Interesse an dem Projekt, was von vielen Interviewten, sowohl der OSZE als auch von Jugend-NGOs, sehr bedauert wurde. Eine positive Folge des Projekts besteht jedoch darin, dass bis heute viele Jugendorganisationen in der Herzegowina rege Kontakte unterhalten und regelmäßig Informationen über ihre Aktivitäten austauschen. Auch sind nach dem Scheitern des Projekts weitere Initiativen aus dessen Kontext entstanden, z.B. das Projekt „*Youth from Prozor/Rama*“, eine Initiative bosniakischer und kroatischer Jugendlicher, aus der schließlich ein Jugendzentrum in Prozor/Rama entstand. Neben dem klassischen „capacity-building“ unterstützte die OSZE das Projekt mit Veranstaltungen wie den „*Two way streets*“, bei denen Jugendliche und ein Lokalpolitiker oder eine Lokalpolitikerin (in diesem Fall waren es bosniakische und kroatische Jugendliche aus Prozor/Rama und ein Minister aus der Kantonsregierung) eingeladen wurden, um miteinander zu diskutieren. Die Organisation von „*Two way streets*“ im Gebiet der Herzegowina wurde inzwischen in die Verantwortung des „*Nansen Dijalog Centar*“ (NDC) in Mostar übergeben, das diese nun in Kooperation mit dem „*Political Resource Centre*“ (PRC) der OSZE durchführt.

---

<sup>83</sup> Das Gesetz trat schließlich nach jahrelangen Verhandlungen Anfang 2002 in Kraft.



Die Demokratisierungsabteilung des RC trug maßgeblich dazu bei, dass sich in den Gemeinden nördlich von Mostar Jugendzentren etablierten.<sup>84</sup> Sie war bei der Registrierung behilflich, organisierte Schulungen in den Bereichen öffentliche Anwaltschaft und „capacity-building“ und vermittelte Informationen zu Finanzierungsmöglichkeiten. So entstand 1997 auf Initiative der OSZE ein Zentrum in Jablanica. Im Mai 2003 wurde ebenfalls mit Unterstützung der OSZE das erwähnte Jugendzentrum in Prozor/ Rama eröffnet. Beide Jugendzentren kooperieren auch weiterhin regelmäßig mit der OSZE-Mission. So organisierten sie mit dieser gemeinsam, begleitend zur Wahlrechtsreform im Jahr 2001, Kampagnen, in denen Vorschläge der lokalen Bevölkerung für das zukünftige Wahlrecht bzw. für die Veränderung des vorläufigen Wahlrechts gesammelt wurden. Die NGOs können sich jederzeit mit Ideen für Projekte an die OSZE wenden und erhalten dann Beratung, Vermittlung von Kontakten und Unterstützung bei der Organisation, in der Regel führen sie diese dann aber eigenverantwortlich durch.

#### **4.2. Die Arbeit des „Political Resource Centres“ (PRC) der OSZE**

Ein wichtiges Instrument der OSZE zur Unterstützung lokaler NGOs ist das „Political Resource Centre“ (PRC)<sup>85</sup> in Mostar, für das die Demokratisierungsabteilung verantwortlich ist. 2003 musste es aufgrund mangelnder Finanzierung drei Monate schließen, konnte aber im Juni 2003 wieder öffnen. Seit der Wiedereröffnung liegt der Fokus auf der Unterstützung von Bürgervereinigungen und NGOs, die sich vor allem in ländlichen Gebieten des Kantons engagieren.

Im Juni 2003 hatte das PRC in Mostar damit begonnen, gezielt Informationen zur aktuellen Situation des zivilen Sektors zu erheben. Es wurden Fragebögen an NGOs verteilt, um zu identifizieren, wo Unterstützung durch das PRC möglich und notwendig ist. Zu den geplanten Aktivitäten des PRC zählen Schulungen im Bereich „capacity-building“ und Beratung für zivilgesellschaftliche Organisationen, Veranstaltungen, die staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure zur gemeinsamen Dis-

---

<sup>84</sup> Diese Arbeit wurde vom ehemalige FO in Jablanica begonnen, welches inzwischen in das RC Mostar integriert wurde.

<sup>85</sup> Die OSZE unterhält in Bosnien-Herzegowina insgesamt acht PRCs.

kussion über unterschiedliche Themen gemeinsamen Interesses<sup>86</sup> zusammenbringen, und die Förderung von Initiativen zur Besserstellung sozial benachteiligter Bevölkerungsgruppen. Auch das PRC kann keine finanziellen Mittel vergeben, sondern nur Ideen und Hilfestellungen bei der Organisation von Veranstaltungen und Treffen sowie Kontakte zu lokalen Behörden oder zu anderen Organisationen bieten.

Obwohl der Schwerpunkt des PRC in ländlichen Gebieten liegt, können auch NGOs aus Mostar dessen Unterstützung nutzen, auch sie nehmen an Schulungen teil oder nutzen Räume und Büroinfrastruktur. Insgesamt zeigen NGOs in Mostar aber eher wenig Interesse an der Arbeit des PRC. Dies zeigte sich unter anderem im Kontext eines größeren Projekts, welches das PRC schon 2002 begonnen hatte. Ziel des Projekts war die Etablierung einer NGO-Dachorganisation auf Kantonsebene oder eines Ausschusses, in dem alle NGOs des Kantons vereint sind, um die Kommunikation mit staatlichen Stellen zu vereinfachen und die Kooperation der lokalen NGOs untereinander zu fördern. Im Februar 2003 hatte das PRC eine erste Schulung organisiert, um die NGOs zusammenzubringen. Auf die Einladung reagierten aber nur sehr wenige, so dass das PRC sich entschloss, alle NGOs, die am nächsten Treffen nicht teilnehmen, von dem Vorhaben auszuschließen. Das Vorhaben wurde in Kooperation mit dem „*Nansen Dijalog Centar*“ (NDC) in Mostar durchgeführt.

Auch in ländlichen Gebieten der Herzegowina arbeitet das PRC mit NDC zusammen, wo sie gemeinsam Dialog- und Kommunikationsworkshops sowie Workshops zur Rolle Jugendlicher in der Zivilgesellschaft durchführen. Begonnen hat die Zusammenarbeit von PRC und NDC im Kontext des – inzwischen gescheiterten – Herzegowina-Jugendparlaments und des OSZE-Projekts „*Youth Can Do It*“, in dessen Rahmen Jugendliche zu Aspekten der Öffentlichkeitsarbeit geschult wurden. Zu diesem Zweck hat die OSZE im PRC eine Reihe von VertreterInnen von NGOs zu MultiplikatorInnen ausgebildet, die diese Schulungen – unter der Supervision der OSZE – durchgeführt haben. Das PRC hat diese Schulungen logistisch unterstützt. NDC stellte im Rahmen des Projekts seine Räume für einige Treffen zur Verfügung, außerdem wurde der verantwortliche Vertreter von NDC auch in die Planung des Projekts mit einbezogen. Allerdings hat auch die Zusammenarbeit der OSZE mit NDC seit Sommer 2002 abgenommen, was auf die Veränderung des Ansatzes der Demokratisierungsabteilung und die vorübergehende Schließung des PRC zurückzuführen ist.

---

<sup>86</sup> Da die Strategie des PRC sich gerade in der Planungsphase befand, waren diese Themen noch nicht weiter spezifiziert.

### 4.3 Zusammenfassung der Kooperationsformen

Die OSZE kooperierte in Mostar Ende der 90er Jahre mit lokalen NGOs zunächst im wesentlichen dabei, sie beim Gründungsprozess zu unterstützen. Sie bemühte sich um Identifizierung und Vernetzung von AktivistInnen, etwa durch die Organisation von Veranstaltungen. Sie gewährte Beratung und Hilfe bei der Registrierung und dem Schreiben von Anträgen sowie logistische Unterstützung und sie vermittelte Kontakte, Kenntnisse und Fähigkeiten durch Schulungen („capacity-building“). Vor allem dem „Political Resource Centre“ (PRC), das für Aktivitäten von NGOs eine geeignete Infrastruktur zur Verfügung stellt und so vor allem dazu beiträgt, die durch die mangelnde materielle Ausstattung vieler Organisationen induzierten Probleme zu lindern, kam eine wichtige Funktion zu.

Insgesamt hat die Intensität der Zusammenarbeit der OSZE-Mission mit lokalen zivilgesellschaftlichen Organisationen in den letzten Jahren drastisch abgenommen. Sie beschränkt sich heute eher auf einen losen Informationsaustausch, nachdem auch die Praxis regelmäßiger Treffen mit NGOs aufgegeben wurde. Insgesamt basieren die Beziehungen zwischen der OSZE in Mostar und lokalen NGOs im wesentlichen auf informellen Kontakten - „man kennt sich eben in Mostar“. Der Rückgang der Intensität in der Zusammenarbeit ist auf unterschiedliche Faktoren zurückzuführen:

- Im Menschenrechtsbereich fanden die Kontakte in erster Linie im Kontext von Rückkehr und der Rückgabe von Eigentum statt. Da sich der Prozess seinem Abschluss nähert, reduziert sich auch die Kooperation in diesem Feld.
- Im Demokratisierungsbereich war die Umorientierung des Fokus der OSZE auf die Zusammenarbeit mit lokalen Behörden ein wichtiger Faktor.
- Der Rückgang der Zusammenarbeit ergibt sich zum Teil als logische Konsequenz daraus, dass der Auftrag, NGOs bei der Gründung zu unterstützen und sie im Umgang mit den lokalen Behörden zu qualifizieren, Ende der 90er Jahre weitgehend erfüllt war. Lediglich im ländlichen Raum des Kantons 7 gab es hierfür weiterhin Bedarf, der von den Einrichtungen der OSZE auch bedient wurde.
- Die Veränderung der Zusammenarbeit zwischen der OSZE und lokalen NGOs steht aber auch in Zusammenhang mit veränderten Prioritätensetzungen, die

nach Personalwechseln in der entsprechenden Abteilung der OSZE vorgenommen wurden. So endete die Zusammenarbeit in einigen Fällen mit dem Weggang des jeweils verantwortlichen „Officers“. Dies macht deutlich, dass kontinuierliche Beziehungen mit zivilgesellschaftlichen Akteuren auch von dem individuellen Engagement einzelner OSZE-VertreterInnen abhängen.

- Daneben hat auch die Verkleinerung der Mission im Jahr 2001 dazu beigetragen, dass das verbliebene Personal weniger Zeit fand, Kontakte zu lokalen NGOs zu pflegen.

Die Kooperationsformen zwischen der OSZE und lokalen NGOs lassen sich folgendermaßen zusammenfassen: Die typische Form ist, dass die OSZE für NGOs aktiv wird. Das OSZE-Engagement für NGOs zielt sowohl auf die Vermittlung von Informationen und bestimmten Fähigkeiten als auch auf die Unterstützung der Arbeit von NGOs und ihren Kontakten zu lokalen Behörden. Regelmäßig werden allgemeine Informationen zu Finanzierungsmöglichkeiten und Aktivitäten internationaler Organisationen an NGOs weitergeleitet. Durch Schulungen werden – in der Regel durch externe ExpertInnen – NGO-VertreterInnen Kenntnisse und Fähigkeiten zu Fragen und Themen, die den jeweiligen Arbeitsschwerpunkten der OSZE-Mission entsprechen, vermittelt. In einigen OSZE-Projekten werden NGO-VertreterInnen zu MultiplikatorInnen ausgebildet, die dann selbst Schulungen durchführen. Dieser Bereich des klassischen „capacity-building“ nimmt großen Raum in der Beziehung der OSZE zu lokalen NGOs ein. Darüber hinaus werden Empfehlungsschreiben an NGOs vergeben, die Projektanträgen beigelegt werden können und NGOs die Akquirierung finanzieller Ressourcen erleichtern sollen. Das PRC leistet logistische Unterstützung durch Bereitstellung von Räumen und Büroinfrastruktur, durch Hilfestellungen bei der Organisation von Treffen, Pressekonferenzen oder anderen Veranstaltungen und durch die Vermittlung von Kontakten sowohl zu TrainerInnen als auch zu anderen internationalen Organisationen oder zu lokalen Behörden. Daneben werden vom RC gelegentlich auch Transportmöglichkeiten bereitgestellt.

Neben der Unterstützung der allgemeinen Arbeit der NGOs zielt die Unterstützung der OSZE vor allem auf die Verbesserung der Beziehung zwischen lokalen NGOs und staatlichen Behörden. Die OSZE organisiert Veranstaltungen, z.B. runde Tische, die NGOs und staatliche Akteure zusammenbringen und deren Dialog fördern sollen. Außerdem arbeitet die OSZE gezielt mit lokalen Behörden, um diesen die Funktion und Bedeutung von NGOs näher zu bringen und sicherzustellen, dass

NGOs von staatlichen Behörden ernst genommen und in wichtigen Fragen auch konsultiert werden.

In anderen Fällen geht die Initiative nicht von der OSZE, sondern von lokalen NGOs aus, wenn diese von sich aus Kontakt zur OSZE aufnehmen, um Informationen zu erfragen, OSZE-VertreterInnen zu Veranstaltungen einzuladen oder um eine Intervention bei lokalen Behörden zu bitten.

Systematische Formen der Kooperation zwischen der OSZE und lokalen NGOs lassen sich nur im Hinblick auf die Implementierung von einigen wenigen gemeinsamen Projekten und Veranstaltungen ausmachen. In sehr seltenen Fällen werden auch NGOs in die Planung einbezogen, wenn auch nicht gleichberechtigt so doch zumindest überhaupt. Dies war z.B. in einigen Fällen der Jugendaktivitäten der OSZE und des PRC zusammen mit dem NDC der Fall.

Im Fall der Integration einer lokalen NGO in die regionale Arbeitsgruppe im Prozess der Bildungsreform kann nur bedingt von Zusammenarbeit gesprochen werden, da die OSZE die Arbeitsgruppe eigentlich nur koordiniert und moderiert und Zusammenarbeit eher zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren innerhalb der Arbeitsgruppe angestrebt wird. Andererseits engagiert sich die OSZE ebenfalls für den Reformprozess und es haben sich in dem konkreten Fall auch informelle Kontakte zwischen der Bildungsabteilung und der entsprechenden NGO entwickelt, die in gemeinsamen Diskussionen und auch Aktionen resultieren, so dass von einer projektbezogenen Kooperation gesprochen werden kann.

Die beiden „Democratisation Officer“ des RC Mostar betonten, dass die OSZE weiterhin ein großes Interesse an der Kommunikation mit lokalen NGOs habe. Sie äußerten sich insgesamt positiv über die Zusammenarbeit mit NGOs in Mostar und im gesamten Kanton. Allerdings sehen sie sich innerhalb Mostars gelegentlich mit der Unzufriedenheit einiger NGOs über die zurückgegangene Zusammenarbeit konfrontiert. Eine Schwierigkeit sehen sie darin, ihnen zu vermitteln, dass die OSZE in Mostar momentan andere Schwerpunkte setze und nicht alle NGO-Belange immer integrieren könne. Der Manager des PRC äußerte ebenfalls Kooperationsbereitschaft, kritisierte jedoch das Desinteresse vieler NGOs aus Mostar, miteinander und mit dem PRC zusammenzuarbeiten.

Im folgenden werden die Einschätzungen von NGO-VertreterInnen diesen Aussagen gegenübergestellt.

#### **4.4 Bewertung der Zusammenarbeit durch die NGOs**

Die meisten der konsultierten NGOs in Mostar äußerten sich zunächst positiv über ihre aktuelle Beziehung zur OSZE und wünschten keine Veränderung. Dies trifft sowohl auf diejenigen zu, die enger mit der OSZE zusammenarbeiten, wie auch auf diejenigen, die nur lose oder gar keine Kontakte pflegen. Gleichwohl äußerten einige der interviewten NGO-RepräsentantInnen Kritik am Umgang der OSZE mit lokalen Akteuren insgesamt. Einige NGOs in Mostar, die früher nach eigener Aussage gut mit der OSZE zusammenarbeiteten und jetzt kaum noch über Kontakte mit ihr verfügen, würden sich für die Zukunft wieder eine intensivere Zusammenarbeit wünschen.

In den Interviews zeigte sich, dass die OSZE-RepräsentantInnen und einige NGO-VertreterInnen Zusammenarbeit bzw. Kooperation unterschiedlich verstehen. Während erstere in den Interviews meist von Kooperation sprachen, widersprachen einige NGO-VertreterInnen dieser Begriffsverwendung, da Kooperation in ihren Augen eine gleichberechtigte, aktive Zusammenarbeit beschreibe, die es aber kaum noch gebe.<sup>87</sup>

Einige NGOs gaben an, dass die OSZE während ihrer Etablierung wichtige Hilfestellungen geleistet habe und sowohl die Unterstützung und Beratung einzelner „Officer“ als auch die Unterstützung durch das PRC sei für sie von Nutzen gewesen. Die Vermittlung von Kontakten durch die OSZE, der Informationsaustausch zu bestimmten Themen und die Empfehlungsschreiben, welche die Akquirierung finanzieller Unterstützung erleichtern, werden von einigen als hilfreich bezeichnet.

Die Schulungsmaßnahmen der OSZE für lokale NGOs wurden an sich begrüßt, dass sie für diese aber vor allem externe ExpertInnen als TrainerInnen einlade, wurde skeptisch beurteilt, da sich dies demotivierend auf einheimische ExpertInnen auswirke und Geldverschwendung sei.<sup>88</sup>

Insgesamt hat die OSZE in den Augen vieler InterviewpartnerInnen viel für Bosnien-Herzegowina erreicht, vor allem in den Bereichen Wahlen und Rückkehr. Doch nur eine Minderheit der befragten NGO-VertreterInnen erachtet die Präsenz

---

<sup>87</sup> Es ist allerdings zu bedenken, dass in den Interviews explizit nach Kooperation gefragt wurde, der Begriff also vorgegeben wurde. Doch zumindest widersprachen die OSZE-RepräsentantInnen dieser Begriffsverwendung nicht, sondern griffen sie bereitwillig auf, während einige NGO-VertreterInnen auf den für sie bestehenden Widerspruch hinwiesen.

<sup>88</sup> NGO-Vertreterin, Mostar, 22.07.2003.

der OSZE in Bosnien-Herzegowina weiterhin als notwendig. Die meisten stehen ihrer heutigen Rolle eher kritisch gegenüber. Nach Abschluss des Mandats zu den Wahlen hat sie für viele ihre eigentliche Funktion in Bosnien-Herzegowina verloren, insbesondere da sie keine formellen Sanktionsmöglichkeiten mehr besitzt, um die von ihr verfolgten Ziele durchzusetzen.<sup>89</sup> Nur einige der Befragten billigen ihr im Prozess der Bildungsreform eine neue wichtige Funktion zu. Vor allem VertreterInnen von Jugendorganisationen in Mostar, zeigten eine eher ablehnende Haltung gegenüber der OSZE als Regierungsorganisation und kritisierten ihre widersprüchliche Rolle. Sie nehmen die OSZE als eine von nationalen Interessen geleitete Organisation wahr, die in erster Linie eigene Profilierungsinteressen in Bosnien verfolge. Auch wurden Zweifel an der Glaubwürdigkeit der OSZE geäußert. Sie wende sich zwar rhetorisch gegen die Korruption im Land, kooperiere aber selbst mit korrupten Politikern.

Eine weitere, von einigen NGO-VertreterInnen geäußerte Kritik, war die an der mangelnden Flexibilität der OSZE. Reaktionen seien meist viel zu spät, erfolgt – oft erst, wenn das Problem nicht mehr aktuell gewesen sei.<sup>90</sup>

Eine zentrale Kritik, die von fast allen InterviewpartnerInnen geteilt wurde, bezieht sich auf die hohe Fluktuation internationalen Personals. Diesem fehle es meist an tiefergehender Kenntnis der lokalen Situation und an der Einsicht in die lokalen Probleme. Es sei häufig zu wenig qualifiziert und versuche, Erfahrungen aus anderen Ländern auf Bosnien-Herzegowina zu übertragen, was zu Problemen und Konflikten führe. Einige InterviewpartnerInnen schilderten Begegnungen, in denen ihnen von OSZE-RepräsentantInnen Geringschätzung entgegengebracht wurde. Allerdings wurde einschränkend hervorgehoben, dass diese Vorwürfe sich auf Einzelfälle und Erfahrungen mit bestimmten Personen und nicht auf die Organisation insgesamt beziehen würden.

„But that are individual people, they’re some kind of lost in the highly respectable world of international organisations. It’s not good that such

---

<sup>89</sup> Als die OSZE noch für die Durchführung von Wahlen und die Implementierung der Wahlergebnisse zuständig war, konnte sie über die „Election Appeals Sub-Commission“ Verletzungen der Wahlregelungen sanktionieren, auch mit dem Ausschluss einzelner KandidatInnen oder ganzer Parteien. Diese Sanktionsmöglichkeiten hat sie mit der Beendigung dieses Teils ihres Mandates verloren.

<sup>90</sup> „If there are some activities now, in this very moment, and we have to organise something, it is very hard for them because they have to ask somebody and that somebody should ask somebody, it’s very slow and bureaucratised. Local people, local activists [in the OSCE, A.J.], they don’t have much freedom in their work.“ (NGO-Vertreter, Mostar, 26.06.2003).

individuals represent that organisations, they reduce the respect for them. (...) Representatives of the OSCE should be highly qualified, some are, but others are not and they spoil the organisation's reputation."<sup>91</sup>

Einige der Befragten gaben jedoch auch an, dass die negativen Erfahrungen die positiven überwiegen. Allerdings wurde der OSZE zu Gute gehalten, dass sie unter den internationalen Organisationen diejenige sei, die am meisten lokale Kräfte auch in verantwortlichen Positionen beschäftige, was die Kommunikation mit zivilgesellschaftlichen Organisationen sehr verbessert habe.

Am Ansatz, den die OSZE in bezug auf lokale NGOs verfolgt, wurde vor allem kritisiert, dass die OSZE zu wenig Zeit für lokale NGOs aufbringe und diese zu wenig konsultiere. Viele der Befragten äußerten den Eindruck, dass ihre Meinung bei der OSZE nicht mehr gefragt sei, obwohl sie viel an Erfahrungen und Kenntnissen beitragen könnten. Es wird darauf verwiesen, dass die OSZE ohne Konsultation lokaler zivilgesellschaftlicher Organisationen keine vollständige Einsicht in die lokalen Probleme erhalten könne. Wenn sie, wie es neuerdings der Fall sei, ausschließlich mit lokalen staatlichen Behörden kommuniziere, führe dies zu einer verengten Sicht auf die Realität. Was an der gesellschaftlichen Basis wirklich geschehe, werde auf diese Weise ausgegrenzt. Deshalb forderten viele der InterviewpartnerInnen mehr Konsultation durch die OSZE und die Anerkennung ihrer Erfahrungen und Kenntnisse, sowohl für die Problemanalyse als auch die Projektimplementierung. Dies würde nicht nur die Formulierung und Implementierung einer den lokalen Problemen angemesseneren Strategie fördern, sondern auch lokale NGOs und ExpertInnen zu mehr Engagement motivieren. Zudem würde so mehr Kontinuität gesichert werden. Viele der NGOs forderten mehr Gleichberechtigung in der Kooperation ein und waren der Meinung, dass nicht nur die OSZE sie, sondern auch sie die OSZE unterstützen könnten. Außerdem kritisierten einige, dass die Auswahl von NGOs, mit denen die OSZE zusammenarbeite, viel zu selektiv sei und nicht die Bandbreite der gesellschaftlichen Basis repräsentiere. Insgesamt würden die Ansichten der lokalen Bevölkerung viel zu wenig berücksichtigt.

Fast alle befragten NGO-VertreterInnen kritisierten, explizit und implizit, den mangelnden Informationsfluss zwischen der OSZE und lokalen NGOs und der lokalen Bevölkerung. Die OSZE verschicke nur allgemeine Informationen, informiere aber nicht über ihre aktuellen konkreten Tätigkeiten in Mostar und Umgebung. Viele merkten an, dass die Arbeit und Prioritäten der OSZE auf lokaler Ebene nicht

---

<sup>91</sup> NGO-Vertreter, Mostar, 01.07.2003.



sichtbar oder nicht transparent seien. So wusste, mit Ausnahme der NGO, die mit der OSZE in gemeinsamen Projekten kooperiert und engere informelle Kontakte pflegt, keine/r der InterviewpartnerInnen genau über die Aktivitäten des RC Mostar Bescheid. Einige gaben an, bei Nachfragen hätten sie den Eindruck gewonnen, dass die jeweiligen OSZE-RepräsentantInnen auch nur über ihre eigenen Projekte informiert seien und über die restliche Arbeit der OSZE in Mostar und Umgebung wenig wüssten oder nicht autorisiert seien, über diese zu sprechen. Informationen erhalten die NGOs nach eigenen Aussagen nur über Dritte, wie die Medien oder RepräsentantInnen staatlicher Institutionen, mit denen die OSZE zusammenarbeitet. Allerdings fordern die meisten Organisationen auch keine konkreten Informationen direkt bei der OSZE ein. So gestand eine NGO-Vertreterin selbstkritisch ein:

„Vielleicht ist es auch der Fehler der NGOs, dass sie nicht nachfragen, was die Mission der OSZE ist. Wir haben uns wohl zu sehr daran gewöhnt, dass die OSZE auf uns zukommt.“<sup>92</sup>

Aus einigen Interviews spricht eine zunehmende Distanz und Abgrenzung lokaler NGOs gegenüber der Unterstützung der OSZE. Die Aussage der Mitarbeiterin einer NGO steht repräsentativ für diese Haltung.

„We want to be seen as Bosnian NGO. I don't think that there is that much need for close cooperation. And I think our missions are not that similar actually. I don't think that they could help us in anything more than we can get help on our own.“<sup>93</sup>

Diese Abgrenzung trifft zwar auf einen Großteil der Befragten, aber nicht auf alle zu. Einige forderten wieder mehr Unterstützung durch und Zusammenarbeit mit der OSZE. Einige NGOs, die früher eng mit der OSZE kooperierten, wären an einer Fortsetzung bzw. Wiederaufnahme der Zusammenarbeit interessiert, sehen aber aufgrund der inzwischen veränderten inhaltlichen Schwerpunkte der OSZE kaum Chancen dafür. Von Frauen- und Menschenrechts-NGOs wurde kritisiert, dass für sie der Zugang zum RC Mostar inzwischen fast unmöglich geworden sei. Sie bezeichneten die internationalen Organisationen in Mostar im allgemeinen und auch die OSZE als abgeschlossenen Zirkel, zu dem der Zugang extrem schwierig sei.

---

<sup>92</sup> NGO-Vertreterin, Mostar, 22.07.2003.

<sup>93</sup> NGO-Vertreterin, Mostar, 11.07.2003.

## 5 Fazit

Über die Zusammenarbeit zwischen der OSZE und lokalen NGOs in Mostar lassen sich fünf Aussagen treffen:

**1.** *Der Umgang der OSZE-Mission mit lokalen zivilgesellschaftlichen Organisationen bezieht sich primär auf die Unterstützung und Etablierung von NGOs im Kontext des Ziels der Entwicklung von Zivilgesellschaft. An der Entwicklung von Strategien oder der Formulierung von Projekten werden diese jedoch nicht beteiligt. Von „kooperativer Friedensförderung“ kann daher nicht gesprochen werden. Gleichberechtigte Zusammenarbeit bildet die Ausnahme.*

Die OSZE-Mission konzentrierte sich primär auf die Unterstützung der Etablierung von NGOs in der Gründungsphase und die Lösung von Problemen im Umgang mit lokalen Behörden. Dieses Engagement erweist sich zwar für die betroffenen NGOs als hilfreich, bedeutet aber auch, dass der Kontakt abgebrochen wird, sobald das jeweilige Ziel aus Sicht der OSZE erreicht worden ist.

Eine typische Kooperationsform ist das Angebot von Schulungen für lokale zivilgesellschaftliche Organisationen. Neben dem Transfer bestimmter Fähigkeiten bieten sie auch eine gute Möglichkeit, den Aufbau von Beziehungen zwischen den TeilnehmerInnen zu fördern.<sup>94</sup> Indem die externen ExpertInnen die Agenda bestimmen, werden den TeilnehmerInnen jedoch bereits fertige Modelle präsentiert, die den konkreten sozialen, politischen und historischen Kontext vernachlässigen und somit möglicherweise nur begrenzt erfolversprechend sind.<sup>95</sup>

Einige Kooperationsformen lassen den Schluss zu, dass NGOs der OSZE auch als Ressource für die Realisierung eigener Projekte dienen. Darunter fällt z.B. die Weiterführung von Schulungen nach der Ausbildung zu MultiplikatorInnen oder das Sammeln von Feedbackinformationen der lokalen Bevölkerung zu bestimmten Reformen. In diesen Fällen nutzt die OSZE die Nähe lokaler NGOs zur lokalen Bevölkerung, allerdings ohne die NGOs auch in die strategische Planung der Projekte einzu beziehen, weshalb es sich hier nicht um gleichberechtigte Zusammenarbeit handelt. Außerdem dienen NGOs als LieferantInnen von Informationen über die Situation vor Ort und als Rekrutierungspool für Veranstaltungen der OSZE.

---

<sup>94</sup> Lederach 1997, Kap. 9.

<sup>95</sup> Vgl. Lederach 1995.

Einheimische Akteure werden von der OSZE kaum als Ressource für den Friedensprozess wahrgenommen, sondern vor allem als EmpfängerInnen von Fähigkeiten und Informationen oder als Ausführungsorgane von Schulungen, an deren Konzipierung sie aber in den seltensten Fällen beteiligt werden. Damit nimmt die OSZE-Mission sich selbst die Möglichkeit, sich die Kenntnisse und Erfahrungen von lokalen NGOs zunutze zu machen, um der lokalen Situation angemessenere Strategien zu entwickeln. Außerdem enthält sie lokalen zivilgesellschaftlichen Organisationen die Partizipation an der von der OSZE implementierten Friedensstrategie vor.

Es ist vielfach darauf hingewiesen worden, dass Interventionen durch externe dritte Parteien auch Probleme und Gefahren bergen. Wenn sie ohne ausreichende Kenntnis der lokalen Gegebenheiten oder unter Missachtung kultureller Besonderheiten von statten gehen, können sie zum einen negative, konfliktverschärfende Wirkungen zeitigen und zum anderen ihre Akzeptanz bei den lokalen Partnern verspielen, weil sie als „neokolonialistisch“ wahrgenommen werden.<sup>96</sup>

**2.** *Die OSZE-Mission wählt lokale zivilgesellschaftliche Organisationen in erster Linie passend zu ihrem prioritären Arbeitsbereich und weniger nach deren individuellen Leistungen bzw. Stärken für die Zusammenarbeit aus. Dies lässt wichtige Potentiale für Friedensförderung ungenutzt.*

Drastisch abgenommen haben Kontakte zu den NGOs, deren Arbeitsbereich nicht oder nicht mehr den aktuellen Schwerpunkten der OSZE-Mission entspricht. Kooperationsmöglichkeiten ergeben sich also nur da, wo Ansätze der NGOs mit den übergreifenden Zielen und Schwerpunktbereichen der OSZE-Mission in Bosnien-Herzegowina insgesamt übereinstimmen, unabhängig davon, ob auf lokaler Ebene andere Prioritätensetzungen sinnvoll wären. Dieser Ansatz lässt wenig Spielräume dafür, Strategien zu entwickeln, die den lokalen Gegebenheiten und Besonderheiten angepasst sind. Diese Praxis verdeutlicht den „top-down“-Ansatz der OSZE und gerät in Widerspruch zu der von ihr erklärten Programmatik eines „bottom-up empowerment“.<sup>97</sup> Die strikten Auswahlkriterien nach fest definierten Schwerpunkten können dazu führen, dass zivilgesellschaftliche Akteure, die über wichtige friedens-

---

<sup>96</sup> Hampson 1996.

<sup>97</sup> Belloni 2001 verdeutlicht diesen Widerspruch am Konzept der „neglected areas“, zu denen Gebiete wie die östliche Republika Srpska und die westliche Herzegowina zählen. Dort wurde aufgrund des großen Einflusses nationalistischer PolitikerInnen internationale Hilfe zunächst verweigert, während nun durch die Förderung der Etablierung lokaler NGOs die anfängliche Vernachlässigung dieser Regionen ausgeglichen werden soll.

fördernde Potentiale verfügen, aber in anderen als den von der OSZE definierten Feldern aktiv sind, als solche nicht erkannt und von der Unterstützung ausgeschlossen werden. Damit läuft die OSZE Gefahr, wichtige Kapazitäten für den Friedensprozess ungenutzt zu lassen.

*3. Die Beziehung zwischen der OSZE und lokalen NGOs unterliegt dem häufigen Wandel der Prioritäten der OSZE-Mission und einzelner OSZE-VertreterInnen, die oft ihre eigenen Prioritäten hinsichtlich der Umsetzung bestimmter Ansätze einbringen. Diese sind dann weniger Resultat gezielter Strategiewechsel, sondern von Personalwechseln und individuellen Vorlieben einzelner OSZE-VertreterInnen verursacht.*

Die OSZE-Mission, insbesondere die Demokratisierungsabteilung, hat ihre Schwerpunkte mehrmals verlagert. So wurde die Zusammenarbeit mit Frauen-NGOs, mit denen die OSZE anfänglich intensiv kooperierte, mit der Verlagerung auf andere Zielgruppen abrupt beendet. Die Einladung von Menschenrechts-NGOs zu Diskusstreffen wiederum ist vor allem auf das individuelle Engagement einzelner „Human Rights Officer“ zurückzuführen. Nach einem Personalwechsel in der Menschenrechtsabteilung wurden diese Treffen, und damit auch die Zusammenarbeit mit den NGOs, eingestellt. Auch für die aktuelle Verschiebung des Fokus der Demokratisierungsabteilung des RC Mostar hin zu lokalen Behörden war unter anderem ein Personalwechsel im Sommer 2002 verantwortlich. Darauf, dass Personalfluktuationen nicht nur in Mostar sondern in OSZE-Missionen insgesamt Probleme aufwerfen und einen Mangel an Kontinuität in der Konzeption von Strategien begünstigen können, wird auch in anderen Studien hingewiesen.<sup>98</sup> Für diejenigen lokalen NGOs, die mit der OSZE kooperieren wollen, bringt dies große Probleme mit sich. Sie müssen versuchen, sich diesen wechselnden Prioritäten anzupassen, was die Kontinuität ihrer Arbeit stört und damit die langfristige Planung und Implementierung ihrer Visionen noch schwieriger macht. Anders als internationale NGOs, die über mehr Personalressourcen und Erfahrung verfügen, können lokale NGOs derartige Anpassungen in der Regel kaum leisten.

*4. Für lokale zivilgesellschaftliche Organisationen, die nicht der aktuellen Zielgruppe der OSZE angehören, ist der Zugang zur OSZE nur durch informelle Kontakte möglich.*

---

<sup>98</sup> Vgl. dazu auch z.B. Hopmann 1999/2000 oder Meyer 1998.

Einige NGOs (wie NDC und CCI), haben informelle Kontakte zu OSZE-VertreterInnen im PRC und in der Bildungsabteilung. Selbst das NGO-Netzwerk „Centar“ hat im Fall seiner Kampagne nicht offiziell beim OHR und der OSZE um Hilfe angefragt, sondern über informelle Kontakte, die über die ehemalige Beschäftigung einer der KampagnenkoordinatorInnen beim OHR in Mostar bestanden. Alle interviewten NGOs, die aktuell Kontakte zu OSZE-VertreterInnen unterhielten, nutzten informelle Wege. NGOs, die den Zugang über offizielle Wege suchten, beklagten, dass dies fast unmöglich sei, und kritisierten die OSZE (ebenso wie die anderen internationalen Organisationen in Mostar) als abgeschlossenen Zirkel. Dies widerspricht der Wahrnehmung von OSZE-VertreterInnen, welche die OSZE-Mission als jederzeit offen gegenüber den Problemen von NGOs sehen.<sup>99</sup>

Die Etablierung informeller Kontakte wird dadurch gefördert, dass die OSZE zunehmend einheimisches Personal beschäftigt, was die Kommunikation mit den lokalen NGOs immens erleichtert. Informelle Kontakte bieten eine gute Basis für ein Vertrauensverhältnis, sind aber keine Garantie für nachhaltige und langfristige Kooperationsstrukturen. Diese aber sind erforderlich, wenn Konfliktpotentiale überwunden und ein Prozess friedlichen sozialen Wandels in Gang gesetzt werden soll.

*5. Je klarer die Tätigkeiten der OSZE auf lokaler Ebene vermittelt werden, desto positiver stehen NGOs der Rolle der OSZE in Bosnien-Herzegowina allgemein gegenüber. Sind OSZE-Tätigkeiten dagegen schwer nachvollziehbar, mangelt es auch an Verständnis für die Funktion der OSZE im Land.*

Insgesamt ergab sich in der Befragung von NGO-VertreterInnen, dass diejenigen, die über wenig Kontakte und Kooperationserfahrung mit der OSZE auf lokaler Ebene verfügen, der Institution und ihrer Rolle in Bosnien auch insgesamt ablehnend gegenüber stehen. Diejenigen, die über solche Kontakte und Erfahrungen mit ihr verfügen, geben jedoch eine eher positive Gesamteinschätzung ihrer Rolle ab. Das lässt den Rückschluss zu, dass bei einer weiteren Abnahme direkter Kooperationsbeziehungen mit NGOs auch das Image der OSZE-Mission in Bosnien insgesamt beeinträchtigt werden könnte. Der mangelnde Informationsfluss zwischen der OSZE und lokalen NGOs führt nicht nur zu deren Ausschluss von friedensfördernden Aktivitäten, sondern auch zur Verstärkung von Ressentiments gegen internationale Organisationen in Bosnien-Herzegowina. Vor diesem Hintergrund sollte die gegenwärtige Praxis von den OSZE-Verantwortlichen kritisch überprüft werden.

<sup>99</sup> Explizit betont vom „Senior Democratisation Officer“ der OSZE, RC Mostar, 21.07.2003.

Die Transformation eines Konflikts setzt voraus, dass die Konfliktbeteiligten selbst ihre sozialen und politischen Beziehungen, Institutionen und Strukturen neu gestalten. Externe Akteure können diesen Prozess unterstützen, indem sie „peace constituencies“, also unterschiedliche einheimische Akteure aller Ebenen von Staat und Gesellschaft, die sich aktiv für Frieden einsetzen, stärken. Externe Akteure sollten solche Friedensallianzen fördern und die Menschen im Konfliktgebiet nicht nur als RezipientInnen internationaler Hilfe, sondern vor allem als Ressourcen für die Befriedung des Konflikts sehen.<sup>100</sup> Dies erfordert sowohl die Identifikation einheimischer FriedensstifterInnen wie auch den umfassenden Einbezug dieser in die Projekt- und Programmkonzeption.

Die OSZE fördert zwar die Entwicklung von Zivilgesellschaft in Bosnien-Herzegowina, ihr Konzept beschränkt sich aber weitgehend auf die Unterstützung lokaler NGOs in deren Gründungsphase und die Förderung von Dialog zwischen staatlichen Institutionen und NGOs. Ansonsten ist die Beziehung zwischen der OSZE in Mostar und lokalen NGOs eher durch Ausschluss der NGOs als durch ihre Integration zu charakterisieren.

Einerseits ist eine solche Strategie sinnvoll, da sie NGOs befähigt, ihre Anliegen eigenständig durchzusetzen. Dies ist vor allem notwendig, weil die OSZE bald das Land verlassen wird und dann auch keine Hilfestellung mehr leisten kann. Die faktische Teilung der Stadt beschränkt zwar kaum noch die Handlungsspielräume von NGOs in Mostar, diese werden aber durch andere Probleme behindert, wie etwa im Umgang mit staatlichen Institutionen, die die lokale NGOs häufig nicht als ernstzunehmende Akteure wahrnehmen. Durch die Vermittlung zwischen beiden bzw. durch Druck auf die staatlichen Akteure hat die OSZE den Handlungsspielraum von NGOs erweitert und damit eine wichtige Funktion erfüllt.

Allerdings stellt sich nicht nur die Frage nach den Handlungsspielräumen der NGOs, sondern auch der internationalen Organisationen in Bosnien-Herzegowina selbst. Angesichts der gravierenden politischen und sozialen Probleme, mit denen das Land weiterhin konfrontiert ist, wurde in letzter Zeit die Rolle der internationalen Gemeinschaft verstärkt in Frage gestellt und darauf hingewiesen, dass der Dayton-Prozess möglicherweise in eine Sackgasse führe. Im Zentrum der Kritik steht die massive Einflussnahme und Reglementierung<sup>101</sup> durch die internationale Staa-

---

<sup>100</sup> Lederach 1997, 94 ff.

<sup>101</sup> Bosnien-Herzegowina ist offiziell zwar souverän, faktisch aber nicht, da dem Hohe Repräsentanten und seiner Behörde, dem „Office of the High Representative“ (OHR), die die Implementie-

tengemeinschaft, welche die Zentralregierung und damit die Möglichkeit der Integration des Staates schwäche. Es wird argumentiert, sie schwäche die Eigenverantwortung staatlicher Institutionen, schafft Abhängigkeiten und verstärkt Unsicherheiten und Ängste in der lokalen Bevölkerung.<sup>102</sup> Allerdings konnte bisher auch noch keine überzeugende Alternative gefunden werden, welche die anstehenden Probleme zu lösen verspricht. Da der Vertrag von Dayton und die Intervention der internationalen Gemeinschaft sich momentan als alternativlos darstellen, aber gleichzeitig auch zu Problemen in Bosnien-Herzegowina beitragen, ist es dringend notwendig, Möglichkeiten *innerhalb* des gegebenen Rahmens zu finden, ein politisches Klima herzustellen, das mittelfristig die Förderung und Durchsetzung alternativer Strukturen ermöglicht. Ein Grund mehr, einheimische, friedensfördernde Organisationen zu stärken und aktiv in die internationale Friedensstrategie einzubeziehen. Dies geschieht aber nicht, obwohl die Unterstützung im Sinne der Erweiterung von Handlungsspielräumen für lokale NGOs auch deren regelmäßige Konsultation erfordern würde, zum einen, um keine eindimensionale Sicht auf die spezifischen lokalen Probleme zu erhalten, zum anderen, um einheimische Akteure aktiv an der internationalen Friedensstrategie zu beteiligen und damit Apathie und Resignation in der lokalen Bevölkerung entgegenzuwirken.

Der OSZE-Mission wäre zu empfehlen, auch im Sinne der meisten interviewten NGO-RepräsentantInnen, ihre Aktivitäten transparenter zu gestalten, sich lokalen zivilgesellschaftlichen Organisationen mehr zu öffnen und sie mehr in die Konzeption ihrer Tätigkeiten einzubeziehen. Dies, neben der Information über die eigenen Tätigkeiten, insbesondere durch die Konsultation lokale NGOs bei der Analyse von Problemen, der Entwicklung von Strategien und der Formulierung von Programmen – und zwar in allen Arbeitsbereichen. Dabei könnte an frühere Kooperationsformen angeknüpft werden, wie z.B. Treffen in bestimmten Arbeitsbereichen, die sowohl OSZE- als auch NGO-VertreterInnen versammeln und der gemeinsamen Diskussion und Strategieplanung dienen, oder der Konsultation lokaler NGOs zu bestimmten Fragen, z.B. könnten Lageberichte mit abschließenden Empfehlungen von NGOs eingeholt werden, was vor einiger Zeit teilweise auch geschah. Außer-

---

rung der zivilen Aspekte des Vertrags von Dayton überwachen, von der internationalen Staatengemeinschaft nahezu unbegrenzte legislative und exekutive Kontrolle über den formal souveränen Staat verliehen wurde, einschließlich des Rechts, Gesetze zu erlassen und unkooperative PolitikerInnen und Staatsbedienstete zu entlassen.

<sup>102</sup> Zu dieser Diskussion siehe v.a. Bose 2002, Chandler 2000, Knaus / Martin 2003, McMahon 2002, Moore 2003b.

dem sollten zivilgesellschaftliche Organisationen nach ihren individuellen Leistungen und der Qualität ihrer Arbeit ausgewählt werden und nicht nach starren Selektionskriterien, wie z.B. der Zielgruppe. Eine verbesserte Zusammenarbeit setzt allerdings auch die Bereitschaft von NGOs zu mehr Zusammenarbeit voraus. Ihnen wäre zu empfehlen, diese auch konkret einzufordern.

Aussagen des OSZE-Personals aus dem RC lassen auf eine Weiterentwicklung in diese Richtung hoffen. So hat der „Democratisation Officer“ für Mostar angekündigt, in Zukunft die Zusammenarbeit mit lokalen NGOs wieder zu intensivieren. Diese soll stärker an den Bedürfnissen der lokalen Bevölkerung und den Erfordernissen von NGOs orientiert bzw. in Zusammenarbeit mit ihnen entwickelt werden. Das PRC hat, wie erwähnt, bereits entsprechende Fragebögen an NGOs verschickt. Auch die Tatsache, dass die von der OSZE koordinierte Bildungsreform als partizipativer Prozess konzipiert wurde, gibt Anlass zur Hoffnung auf eine Intensivierung der Kontakte. Inwieweit diese zu mehr Partizipationsmöglichkeiten von lokalen zivilgesellschaftlichen Organisationen an den Aktivitäten der OSZE-Mission führen, wird in weiteren Untersuchungen zu prüfen sein.



## 6 Literatur

- Aall, Pamela (2000), NGOs, Conflict Management and Peacekeeping. In: *International Peacekeeping, Special Issue: Peacekeeping and Conflict Resolution*, Vol. 7, No. 1, 121-141.
- Abadjian, Vahram (2000), OSCE long-term missions: Exit strategy and related problems. In: *Helsinki Monitor*, Vol. 11, No. 1, 22-36.
- Belloni, Roberto (2001), Civil Society and Peacebuilding in Bosnia and Herzegovina. In: *Journal of Peace Research*, vol. 38, no. 2, 163-180.
- Borski, Sonja / Hess, Holger (1997), *Eigeninitiativen einheimischer FriedensstifterInnen. Wirkungsmöglichkeiten in den neuen östlichen Demokratien*, Berghof Occasional Paper No. 8, Berghof Research Center for Constructive Conflict Management, Berlin.
- Bose, Sumantra (2002), *Bosnia after Dayton. Nationalist Partition and International Intervention*, London.
- Chandler, David (2000), *Bosnia. Faking Democracy After Dayton*, 2. edition, London, Sterling/Virginia.
- Commission for Reforming the City of Mostar (2003), *Recommendations of the Commission. Report of the Chairman*, 15 December 2003 (<http://www.oscebih.org/documents/34-eng.pdf>).
- Erdmann, Gero (2001), Mangelhaft doch unverzichtbar. NGOs sind weniger effizient als oft angenommen und fördern doch Entwicklung und Demokratisierung. In: *der überblick*, Jg. 37, Nr. 3, 32-36.
- Evans-Kent, Bronwyn / Bleiker, Roland (2003), Peace beyond the State? NGOs in Bosnia and Herzegovina. In: *International Peacekeeping, Special Issue: Mitigating Conflict. The Role of NGOs*, Vol. 10, No. 1, 103-119.
- Ferdowsi, Mir A. (2000), The Role of External Actors in the Outbreak and Regulation of Civil Wars. In: Krumwiede, Heinrich-W. / Waldmann, Peter (Hrsg.), *Civil Wars: Consequences and Possibilities for Regulation*, Baden-Baden, 61-82.
- Fischer, Martina / Tümler, Julie (2000), *Friedensförderung in Bosnien-Herzegowina. Ansätze der Jugend-, Bildungs- und Kulturarbeit*, Berghof Report Nr. 5, Berghof Forschungszentrum für konstruktive Konfliktbearbeitung, Berlin.

- Geshakova, Julia (2003), *More on the Bosnian education reform*, RFE/RL (Radio Free Europe / Radio Liberty) Balkan Report, Vol. 7, No. 30, 12 September 2003.
- Gosztanyi, Kristof (1999), *Der Konfliktschlichtungsprozess in Mostar (Bosnien): Zwischen internationalem Druck und lokaler Obstruktion*, Sozialanthropologische Arbeitspapiere, Nr. 78, FU Berlin, Institut für Ethnologie, Berlin.
- Hampson, Fen O. (1996), *Nurturing Peace. Why peace settlements succeed or fail*, Washington, D.C.
- Helms, Elissa (2003), Women as agents of ethnic reconciliation? Women's NGOs and international intervention in postwar Bosnia-Herzegovina. In: *Women's Studies International Forum*, Vol. 26, No. 1, 15-33.
- Hopmann, P. Terrence (1999/2000), How to Evaluate OSCE's Role in Conflict Management. In: Lutz, Dieter S. / Tudyka, Kurt P. (Hrsg.), *Perspektiven und Defizite der OSZE*, Baden-Baden, 91-139.
- ICG (International Crisis Group) (2000), *Reunifying Mostar: Opportunities for Progress*, ICG Balkans Report No. 90, 19 April 2000, Sarajevo, Washington, Brussels (<http://www.crisisweb.org/projects/showreport.cfm?reportid=20>).
- ICG (2002), *The Continuing Challenge of Refugee Return in Bosnia & Herzegovina*, ICG Balkans Report No. 137, 13 December 2002, Sarajevo, Brussels ([http://www.crisisweb.org/projects/europe/bosnia/reports/A400847\\_1312\\_2002.pdf](http://www.crisisweb.org/projects/europe/bosnia/reports/A400847_1312_2002.pdf)).
- ICG (2003), *Building Bridges in Mostar*, ICG Europe Report No. 150, 20 November 2003, Sarajevo, Brussels ([www.crisisweb.org/library/documents/europe/150\\_building\\_bridges\\_mostar.pdf](http://www.crisisweb.org/library/documents/europe/150_building_bridges_mostar.pdf)).
- ICVA (International Council of Voluntary Agencies) (2002a), *Directory of Humanitarian and Development Agencies in Bosnia and Herzegovina*, Sarajevo, Banja Luka.
- ICVA (2002b), Surveying the NGO sector and its relationship with other stakeholders. In: ICVA (Hrsg.), *Perspectives on the NGO Sector in BiH*, ICVA Guide to Civil Society in BiH, Vol. II, Sarajevo, Banja Luka, 23-34.
- Kannonier-Finster, Waltraud (1998), Methodologische Aspekte soziologischer Fallstudien. In: Dies. / Ziegler, Meinrad (Hrsg.), *Exemplarische Erkenntnis. Zehn Beiträge zur interpretativen Erforschung sozialer Wirklichkeit*, Innsbruck, Wien, 35-64.
- Kasch, Holger (2002), Die HDZBiH und die Forderung nach kroatischer Souveränität in Bosnien-Herzegowina. In: *Südosteuropa*, Jg. 51, H. 7-9, 331-354.

- Klein, Ansgar (2001), *Der Diskurs der Zivilgesellschaft: Politische Kontexte und demokratietheoretische Bezüge der neueren Begriffsverwendung*, Opladen.
- Knaus, Gerald / Martin, Felix (2003), Lessons from Bosnia and Herzegovina. Travails of the European Raj. In: *Journal of Democracy*, Vol. 14, No. 3, 60-74.
- Koschnick, Hans / Schneider, Jens (1995), *Brücke über die Neretva. Der Wiederaufbau von Mostar*, München.
- Lederach, John P. (1995), *Preparing for Peace. Conflict Transformation Across Cultures*, Syracuse.
- Lederach, John P. (1997), *Building Peace. Sustainable Reconciliation in Divided Societies*, Washington D.C.
- Mallok, Katarína / Tahirović, Anne (2003), Der lange Weg zur Gleichberechtigung. Partizipation von Frauen in der Slowakei und Bosnien-Herzegowina. In: *Osteuropa*, Jg. 53, H. 5, 689-703.
- McMahon, Patrice C. (2002), What Have We Wrought? Assessing International Involvement in Bosnia. In: *Problems of Post-Communism*, vol. 49, no. 1, 18-29.
- Meyer, Berthold (1998), *In der Endlosschleife? Die OSZE-Langzeitmissionen auf dem Prüfstand*, HSK-Report 3/1998, Frankfurt am Main.
- Moore, Patrick (2003a), *Bosnia launches integrated education*, Endnote, RFE/RL Newline, Vol. 7, No. 166, Part II, 2 September 2003.
- Moore, Patrick (2003b), *What to do about Bosnia?* RFE/RL Balkan Report, Vol. 7, No. 29, 5 September 2003.
- Neukirch, Claus (2000), Die Langzeitmissionen – Das Rückgrat der OSZE. In: *Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden*, Jg. 18, H. 4, 306-311.
- Neukirch, Claus (2003), *Konfliktmanagement und Konfliktprävention im Rahmen von OSZE-Langzeitmissionen. Eine Analyse der Missionen in Moldau und Estland*, Baden-Baden.
- OHR (Office of the High Representative) (2003), *Decision Establishing the Commission for Reforming the City of Mostar*, Sarajevo, 17 September 2003.
- OHR (2004), *Mostar One City. What the decision means for citizens of Mostar*, Public Info Campaign, January 28, 2004  
([http://www.ohr.int/print/?content\\_id=31681](http://www.ohr.int/print/?content_id=31681)).
- Oručević, Husein (2003), Zajtjevi: Mladi imaju pravo na krov nad glavom [Forderungen: Jugendliche haben das Recht auf ein Dach über dem Kopf]. In: *Hercegovačke Novine*, 17.05.2003, 12-13.

- OSCE / Mission to Bosnia and Herzegovina (Hrsg.) (2002a), *Education Reform. A Message to the People of Bosnia and Herzegovina*, 21.11.2002 ([http://www.oscebih.org/education/download/final\\_reform\\_strategy.pdf](http://www.oscebih.org/education/download/final_reform_strategy.pdf)).
- OSCE / Mission to Bosnia and Herzegovina (2002b), *Fair Employment Project Report 2002* ([http://www.oscebih.org/human\\_rights/download/fep\\_report\\_2002\\_eng.pdf](http://www.oscebih.org/human_rights/download/fep_report_2002_eng.pdf)).
- OSCE / Mission to Bosnia and Herzegovina (2003), *International community presents plan for integration of Mostar Gymnasiums*, Press Release, 16 July 2003 (<http://www.oscebih.org/pressreleases/2003/16-07-03-eng.htm>).
- Oschlies, Wolf (2002), Bosnien-Herzegowina: Stagnation mit Pyrrhus-Siegen. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Bd. 47, Nr. 5, 589-593.
- PIC (Peace Implementation Council) (1998), *Annex: The Peace Implementation Agenda. Reinforcing Peace in Bosnia and Herzegovina – The Way Ahead*, Madrid, 16 December 1998.
- PIC (2000), *Declaration of the Peace Implementation Council*, PIC Main Meeting, Brussels, 24 May 2000.
- Prsa, Maria (2002), Die OSZE-Mission in Bosnien und Herzegovina. In: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg / IFSH (Hrsg.), *OSZE-Jahrbuch 2002*, Baden-Baden, 169-185.
- Pugh, Michael (2002), Postwar Political Economy in Bosnia and Herzegovina: The Spoils of Peace. In: *Global Governance*, Vol. 8, No. 4, 467-482.
- Reichel, Sarah (2000), *Transitional Administrations in former Yugoslavia: A repetition of failures or a necessary learning process towards a universal peace-building tool after ethno-political war?* Discussion paper, P 00-305, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Arbeitsgruppe Internationale Politik, Berlin.
- Ropers, Norbert (1997), *Roles and Functions of Third Parties in the Constructive Management of Ethnopolitical Conflicts*, Berghof Occasional Paper No. 14, Berghof Research Center for Constructive Conflict Management, Berlin.
- Scotto, Giovanni (2002), *Die Rolle von externen Nicht-Regierungsorganisationen im Friedensprozess in Bosnien-Herzegowina am Beispiel der Stadt Mostar*, Diss., Freie Universität Berlin.
- Stoessel, Marcel (2001), *The Role of the OSCE in Bosnia and Herzegovina*, Genf ([http://www.stoessel.ch/bosnia/osce\\_bosnia\\_herzegovina.pdf](http://www.stoessel.ch/bosnia/osce_bosnia_herzegovina.pdf)).

- The General Framework Agreement for Peace in Bosnia and Herzegovina*. Initialled in Dayton on 21 November 1995 and signed in Paris on 14 December 1995 ([www.oscebih.org/essentials/pdf/general\\_framework\\_agreement\\_eng.pdf](http://www.oscebih.org/essentials/pdf/general_framework_agreement_eng.pdf)).
- United Nations in Bosnia and Herzegovina (2003), *Youth in Bosnia and Herzegovina 2003. Are you part of the problem or part of the solution?* ([www.undp.ba/publications/NHDR%20-%202000%20eng.pdf](http://www.undp.ba/publications/NHDR%20-%202000%20eng.pdf)).
- Weiss, Anja / Nazarenko, Aleksej (1997), *Strategies and Needs of NGOs Dealing with Ethno-political Conflicts in the New Eastern Democracies*, Berghof Occasional Paper No. 7, Berghof Research Center for Constructive Conflict Management, Berlin.
- Willeke, Stefan (2003), Ein Brückenschlag gegen den Hass. In: *Die Zeit*, Dossier, 13. März 2003, 15-18.
- Young, Michael (2002), Like the wind: Some perspectives on challenges to the non-governmental sector in Bosnia-Herzegovina. In: ICVA (Hrsg.), *Perspectives on the NGO Sector in BiH*, ICVA Guide to Civil Society in BiH, Vol. II, Sarajevo, Banja Luka, 16-22.

## Interviewte Organisationen

Organisation	Ort	Kontakt	Arbeitsbereiche
<b>Centri Civilnih Inicijativa (CCI)</b> [Zentren ziviler Initiativen]	Mostar, BanjaLuka, Bihać, Brčko, Doboј, Livno, Sarajevo, Tuzla ( <i>Hauptsitz</i> ), Višegrad, Zenica	<a href="http://www.ccibh.org">http://www.ccibh.org</a> <a href="mailto:ccimo@bih.net.ba">ccimo@bih.net.ba</a>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Förderung von Partizipation an sozialen Prozessen</li> <li>- Stärkung von Konfliktlösungskapazitäten von Organisationen und Individuen</li> <li>- Vermittlung demokratischer Prinzipien</li> <li>- Unterstützung zivilgesellschaftlicher Organisationen gegenüber staatlichen Behörden, Verbesserung der Kommunikation</li> </ul>
<b>Forma F</b>	Mostar	<a href="mailto:formaf@cob.net.ba">formaf@cob.net.ba</a>	<b>Frauen</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>- psycho-soziale Beratung</li> <li>- Weiterbildung für Frauen</li> <li>- Unternehmensgründung und Einkommensgenerierung für Frauen</li> <li>- Schulungen für NGOs</li> <li>- politische Partizipation von Frauen</li> </ul>
<b>Helsinkiški komitet za ljudska prava u BiH</b> [Helsinki Komitee für Menschenrechte in BiH]	Mostar, Hauptsitz: Sarajevo	<a href="mailto:hrcmostar@max.net.ba">hrcmostar@max.net.ba</a>	<b>Menschenrechte</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>- rechtliche Beratung für Rückkehrende</li> <li>- öffentliche Veranstaltungen zu Menschenrechtsfragen</li> </ul>
<b>Hrvatska Akademska Zajednica (HAZ)</b> [Kroatische Akademische Gemeinschaft]	Mostar	<a href="mailto:haz_mostar@hotmail.com">haz_mostar@hotmail.com</a> <a href="mailto:b_kordic@hotmail.com">b_kordic@hotmail.com</a>	<b>Hochschulpolitik</b>
<b>Ideja</b>	Mostar (Beratungszentrum),          Čapljina,	<a href="mailto:udruga@cob.net.ba">udruga@cob.net.ba</a> <a href="mailto:ideja@tel.net.ba">ideja@tel.net.ba</a>	<b>Menschenrechte</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>- rechtliche Beratung für Rückkehrende</li> <li>- Bildung zu Menschenrechtsfragen</li> </ul>          <b>Gesundheit</b>

<b>Organisation</b>	<b>Ort</b>	<b>Kontakt</b>	<b>Arbeitsbereiche</b>
	Stolac (Zentren für Weiterbildung)		- psycho-soziale Beratung - Gesundheitsfürsorge - Bildung zu Gesundheitsfragen
<b>Koraci Nade</b> [Schritte der Hoffnung]	Mostar	<a href="mailto:koraci-nade@tel.net.ba">koraci-nade@tel.net.ba</a>	<b>Frauen</b> - psycho-soziale Beratung - Weiterbildung für Frauen - Workshops, Exkursionen für Jugendliche
<b>Mladi Most</b> [Junge Brücke]	Mostar	<a href="http://www.mladi-most.org">www.mladi-most.org</a> <a href="mailto:general@mladi-most.org">general@mladi-most.org</a>	<b>integrierende u. aktivierende Jugendarbeit</b> - Filmklub - Fotoprojekt - Frauengruppe - gewaltfreie Kommunikation - sexuelle Aufklärung und Beratung
<b>Mostar Inter-cultural Festival Organizing Committee (MIFOC)</b>	Mostar	<a href="http://www.mifoc.org">http://www.mifoc.org</a> <a href="mailto:mifoc@mifoc.org">mifoc@mifoc.org</a>	<b>interkulturelle Jugend- u. alternative Kulturarbeit</b> - Konzerte, Festivals - Kriegsdienstverweigerung - Werkstatt
<b>Nansen Dijalog Centar (NDC)</b>	Mostar, Sarajevo	<a href="http://www.ndcmostar.org">www.ndcmostar.org</a> <a href="mailto:office@ndcmostar.org">office@ndcmostar.org</a>	- Förderung von Dialog - Vernetzung zivilgesellschaftlicher Organisationen
<b>Omladinski Klub „Pod Istim Suncem“</b> [Jugendklub „Unter der gleichen Sonne“]	Jablanica	<a href="mailto:okpis@bih.net.ba">okpis@bih.net.ba</a>	<b>Jugendzentrum</b> - Computerraum mit Internet - Fitness-, Tanzkurse - Unterhaltungsveranstaltungen - Förderung politischer Partizipation v. Jugendl. - Interessenvertretung gegenüber lokalen Behörden
<b>OSZE, HO Sarajevo</b>	Sarajevo	<a href="http://www.oscebih.org">http://www.oscebih.org</a>	<b>Menschenrechte, Bildungsreform, Demokratisierung, Sicherheitskooperation, Öffentlichkeitsarbeit</b>
<b>OSZE, RC Mostar</b>	Mostar	<a href="http://www.oscebih.org/overview/mostar.aps?d=7">http://www.oscebih.org/overview/mostar.aps?d=7</a>	<b>Menschenrechte</b> - Rückgabe von Eigentum

<b>Organisation</b>	<b>Ort</b>	<b>Kontakt</b>	<b>Arbeitsbereiche</b>
<p><i>Menschenrechts abteilung</i></p> <p><i>Bildungs- abteilung</i></p> <p><i>Demokratisie- rungsabteilung</i></p>			<ul style="list-style-type: none"> <li>- Menschenrechtssituation Rückkehrender</li> <li>- Ombudspersonen</li> <li>- diskriminierende Beschäftigungspraktiken</li> <li>- Gerichtsverfahren (Rückkehrbezogene Gewalt, Plünderungen, Frauenhandel, Kriegsverbrechen)</li> <li>- Justizreform</li> </ul> <p><b>Bildungsreform</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Integration von Schulcurricula</li> <li>- Koordination</li> </ul> <p><b>Demokratisierung</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Ressourcenmanagement durch Gemeinden</li> <li>- Kommunikation zwischen NGOs und lokalen Behörden</li> <li>- politische Kooperation zwischen Entitäten</li> <li>- Jugend-NGOs</li> </ul>
<b>Political Resource Centre (PRC) [OSZE]</b>	Mostar	über das RC Mostar	<b>logistische Unterstützung</b> (Büroinfrastruktur, Organisation, Kontakte)
<b>Škart + Art</b> [Schrott + Kunst]	Mostar	über MIFOC	<b>Jugendarbeit, alternative Kunst, Umweltschutz, Kriegsdienstverweigerung</b>
<b>Udruženje Građana za zaštitu ljudskih prava /</b> Association of Citizens for Human Rights Protection ( <b>ZGP</b> )	Mostar	<a href="mailto:zgp@cob.net.ba">zgp@cob.net.ba</a>	<b>Menschenrechte</b> - rechtliche Beratung - öffentliche Veranstaltungen zu Menschenrechtsfragen
<b>Žena BiH</b> [Frau BiH]	Mostar	<a href="http://www.zenabih.ba">http://www.zenabih.ba</a> <a href="mailto:zenabih@cob.net.ba">zenabih@cob.net.ba</a>	<b>Frauen</b> - psycho-soziale Beratung - Weiterbildung für Frauen - Frauenhandel - häusliche Gewalt - Prävention von Gewalt gegen Kinder



## Berghof Reports: Eine Übersicht\*

Berghof Report	Titel	AutorIn	veröffentlicht
1	Friedliche Einmischung. Strukturen, Prozesse und Strategien zur konstruktiven Bearbeitung ethno-politischer Konflikte.	NORBERT ROPERS	Oktober 1995
1	<i>Peaceful Intervention. Structures, Processes, and Strategies for the Constructive Regulation of Ethno-political Conflicts.</i>	NORBERT ROPERS	Oktober 1995
2	Interkulturelle Mediation – eine schwierige Vermittlung. Eine empirisch-analytische Annäherung zur Bedeutung von kulturellen Unterschieden.	FRANK LIEBE (UNTER MITARBEIT VON NADJA GILBERT)	Mai 1996
2	<i>Intercultural Mediation: A Difficult Brokerage. An Empirical-Analytical Attempt to Assess the Impact of Cultural Differences.</i>	FRANK LIEBE (WITH THE ASSISTANCE OF NADJA GILBERT)	Mai 1996
3	Konstruktive Haltungen und Verhaltensweisen in institutionellen Konflikten. Erfahrungen, Begriffe, Fähigkeiten.	EVA MARINGER / REINER STEINWEG	Juni 1997
4	Krisenprävention und zivile Konfliktbearbeitung durch die EU. Konzepte, Kapazitäten und Kohärenzprobleme.	TOBIAS DEBIEL / MARTINA FISCHER	August 2000
4	<i>Crisis Prevention and Conflict Management by the European Union. Concepts, Capacities and Problems of Coherence.</i>	TOBIAS DEBIEL / MARTINA FISCHER	September 2000
5	Friedensförderung in Bosnien-Herzegowina. Ansätze der Jugend-, Bildungs- und Kulturarbeit.	MARTINA FISCHER / JULIE TUMLER	September 2000
6	Die soziale Eingliederung von Kindersoldaten. Konzepte und Erfahrungen aus Mosambik.	PETER STEUDTNER	März 2001
7	Macht und Differenz. Ein erweitertes Modell der Konfliktpotentiale in interkulturellen Auseinandersetzungen.	ANJA WEIß	März 2001

\* Publikationen des Berghof Forschungszentrums sind auch über dessen Homepage unter [www.berghof-center.org](http://www.berghof-center.org) zugänglich.

Berghof Report	Titel	AutorIn	veröffentlicht
8	<i>Local Peace Constituencies in Cyprus. Citizens' Rapprochement by the bi-communal Conflict Resolution Trainer Group.</i>	OLIVER WOLLEH	März 2001
9	Kollektive Traumata. Annahmen, Argumente, Konzepte. Eine Bestandsaufnahme nach dem 11. September.	ANGELA KÜHNER	Februar 2003

### Berghof Arbeitspapiere: Eine Übersicht \*

Arbeitspapier	Titel	AutorIn	veröffentlicht
1	Ergebnisbericht: Interkulturelle Konfliktbearbeitung. Einführungsseminar in neue Konzepte der innergesellschaftlichen und internationalen Mediation und präventiven Diplomatie. 30. November – 2. Dezember 1994	NORBERT ROPERS	Juli 1996 vergriffen
2	<i>Golitsino Workshop for Peace Builders.</i> 25. – 29. September 1995	ANJA WEIß / ALEKSEJ NAZARENKO	August 1996
3	<i>Warsaw Workshop for Peace Builders.</i> 28. Januar – 2. Februar 1996	ANJA WEIß / ALEKSEJ NAZARENKO	September 1996
4	<i>The Hungarian Concept of Autonomy for Romania. The 1993 DAHR Draft-law on National Minorities and Autonomous Communities and Reactions from Other Political Parties in Romania.</i>	KINGA PÁLL	September 1996
5	<i>The International Relations of the DAHR 1989 – 96. The Democratic Alliance of Hungarians in Romania. An Introduction.</i>	ANNA-MÁRIA BÍRÓ	August 1996
6	<i>The Protection of National Minorities and Regional Stability.</i>	KINGA GÁL	September 1996

\* Publikationen des Berghof Forschungszentrums sind auch über dessen Homepage unter [www.berghof-center.org](http://www.berghof-center.org) zugänglich.

Arbeitspapier	Titel	AutorIn	veröffentlicht
7	<i>Strategies and Needs of NGOs Dealing with Ethnopolitical Conflicts in the New Eastern Democracies.</i>	ANJA WEIß / ALEKSEJ NAZARENKO	März 1997
8	Eigeninitiativen einheimischer FriedensstifterInnen. Wirkungsmöglichkeiten in den neuen östlichen Demokratien.	SONJA BORSKI / HOLGER HESS	September 1998
9	<i>Ethnopolitical Legitimacy and Ethnic Conflict Management. The Case of the Russian Federation in the Early 1990s.</i>	AIRAT AKLAEV	Juni 1996
10	<i>Peace Work by Civil Actors in Post-Communist Societies</i>	DIANA FRANCIS / NORBERT ROPERS	September 1997
11	<i>Advanced Networking: A Conceptual Approach to NGO-based Early Response Strategies in Conflict Prevention.</i>	ANTON IVANOV	Oktober 1997
12	Peacebuilding Aktivitäten der bikommunalen <i>Conflict Resolution Trainer Group</i> in Zypern.	OLIVER WOLLEH	November 1997
13	<i>Natural Law, Agents and Patients, and Minority Rights.</i>	GABRIEL ANDREESCU	November 1999
14	<i>Roles and Functions of Third Parties in the Constructive Management of Ethnopolitical Conflicts.</i>	NORBERT ROPERS	November 1997
15	<i>The Intercultural Mediation Project: The Bléré Experience: A Study of Conflict Management in an Intercultural Context.</i>	JON SEBASTIAN	November 1997
16	Zivile Konfliktbearbeitung deutscher NROs und Einrichtungen – Ein Wegweiser, 1998/99.	CORDULA REIMANN	September 1998
17	<i>Southeast European NGOs for the Stability Pact.</i>	MARTINA FISCHER / GIOVANNI SCOTTO	September 2000
18	<i>Conflict Transformation by Training in Nonviolent Action. Activities of the Centre for Nonviolent Action (Sarajevo) in the Balkan Region.</i>	MARTINA FISCHER	Juni 2001
19	<i>Prevention of Ethnic Conflict. Lessons from Romania.</i>	WOJCIECH KOSTECKI	August 2002

Arbeitspapier	Titel	AutorIn	veröffentlicht
20	Handlungsspielräume und Hindernisse für die Beteiligung von Frauen am demokratischen Aufbau in Afghanistan. Ergebnisse und Interviewtexte aus einer journalistischen Recherche vor Ort.	ANTJE BAUER	August 2002
21	Zypern: Gesellschaftliches Rapprochement im Spannungsfeld von impliziter Anerkennung und Repression. <i>(Griechische/Türische Version)</i>	OLIVER WOLLEH	Juni 2002
22	<i>Constructive Discourse Transformation. Media Work in asymmetrical, intercultural Conflicts: The Case of the Middle East.</i>	HANNAH REICH	Februar 2003
23	<i>Contract or War ? An Essay on Institutional Logic in Violent Conflict.</i>	BENEDIKT KORF	April 2003
24	<i>War Veterans and Peacebuilding in Former Yugoslavia. A Pilot Project of the Centre for Nonviolent Action (CNA)</i>	OLIVER WILS	Februar 2004
25	Kooperative Friedensförderung? Die OSZE und lokale NGOs in Mostar.	ANNE JENICHEN	Juli 2004

## Berghof Reihe: Konflikttransformation

Band	Titel	Autoren	veröffentlicht
1	Konfliktbearbeitung in der Zivilgesellschaft. Die Workshop-Methode im rumänisch-ungarischen Konflikt.	P. HAUMERSEN/ H. RADEMACHER/ N. ROPERS	2002
2	Die Teilung überwinden. Eine Fallstudie zur Friedensbildung in Zypern.	OLIVER WOLLEH	2002
3	Hilfe die nicht vom Himmel fällt. Gewaltprävention in der Entwicklungsarbeit von NGOs.	E. FORBERG/ U. TERLINDEN	2002
4	Friedensbildung in Mostar. Die Rolle der internationalen NRO.	GIOVANNI SCOTTO	2004